

Luzerner Kantonalbank AG

0.875 % Tier 2 Anleihe von CHF 400'000'000 mit Fälligkeitsdatum am 14. Mai 2031

Prospekt vom 12. Mai 2021

Dieser Prospekt wurde am 24. Juni 2021 durch SIX Exchange Regulation AG in der Funktion als Prüfstelle im Sinne des Art. 52 Finanzdienstleistungsgesetzes vom 15. Juni 2018 (FIDLEG) genehmigt.

Dieser Prospekt (dieser **Prospekt**) bezieht sich auf (i) die Ausgabe der 0.875 % Tier 2 Anleihe mit einem Nominalbetrag von CHF 400'000'000 und Fälligkeitsdatum am 14. Mai 2031 (die **Anleihe**), die von der Luzerner Kantonalbank AG (die **Emittentin**) ausgegeben wird, und (ii) die Kotierung der Anleihe und deren Zulassung zum Handel an der SIX Swiss Exchange. Grossgeschriebene Begriffe, die verwendet, aber nachstehend nicht definiert werden, haben die Bedeutung, die diesen Begriffen in den «**Anleihensbedingungen**» ab Seite 21 (die **Anleihensbedingungen**) oder an anderer Stelle in diesem Prospekt zugewiesen wird. Die Anleihe wurde von S&P bei der Emission mit A- bewertet. Ein Rating stellt keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertschriften dar und kann von der vergebenden Ratingagentur jederzeit ausgesetzt, geändert oder zurückgezogen werden.

Emittentin:	Luzerner Kantonalbank AG, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern, Schweiz.
Ausgabedatum:	Die Anleihe wird am 14. Mai 2021 (das Ausgabedatum) begeben.
Zins:	Fixer Zinssatz von 0.875 % p.a. bis zum Fälligkeitsdatum. Die Zinszahlungen erfolgen jeweils jährlich im Nachhinein am 14. Mai eines jeden Jahres, erstmals am 14. Mai 2022 (je ein Zinszahlungstag).
Emissionspreis:	Vorbehaltlich bestimmter Bedingungen haben sich die Syndikatsbanken (nachstehend definiert) bereit erklärt, die Anleihe von der Emittentin zum Preis von 100.308 % des Nominalbetrags, abzüglich Kommissionen (der Emissionspreis), fest zu übernehmen.
Platzierungspreis:	Abhängig von der Nachfrage.
Fälligkeit:	Vorbehaltlich einer Vorzeitigen Rückzahlung oder eines Bedingten Forderungsverzichts werden die Obligationen am 14. Mai 2031 (das Fälligkeitsdatum) zum Nennwert zusammen mit den zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen und unbezahlten Zinsen zurückgezahlt.
Vorzeitige Rückzahlung:	Die Emittentin hat das Recht (aber nicht die Pflicht), sämtliche Obligationen (aber nicht lediglich einzelne davon) (a) am 14. Mai 2029 (der Vorzeitige Kündigungstermin); (b) im Falle einer Steuerlichen Änderung; oder (c) im Falle einer Regulatorischen Änderung, jeweils zum Nennwert zuzüglich der bis zum (und einschliesslich) für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufenen und unbezahlten Zinsen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung gemäss Abschnitt (a) und (b) oben bedürfen (falls dazumal erforderlich) der vorgängigen Zustimmung der Aufsichtsbehörde.
Rückzahlungsereignisse:	Eine Steuerliche Änderung liegt vor, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass (a) eine Zinszahlung unter dieser Anleihe von einer zuständigen Steuerbehörde nicht mehr als steuerlicher Aufwand der Emittentin akzeptiert wird oder werden wird und die Emittentin in der Folge mehr als geringfügige Steuern zusätzlich tragen muss oder müsste, oder (b) die Emittentin als Schuldnerin verpflichtet wird, irgendwelche Steuerabzüge auf Zahlungen unter dieser Anleihe vorzunehmen oder einzubehalten, und dies in jedem der Fälle (a) oder (b) von der Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung nicht ohne wesentliche negative Auswirkungen oder Kosten durch zumutbare Massnahmen vermieden werden kann. Eine Regulatorische Änderung liegt vor, falls die Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung (a) diese Anleihe nicht oder nicht mehr vollständig als Ergänzungskapital (Tier 2) gemäss Nationalen Regularien anrechnen darf oder (b) in sonstiger Weise im Hinblick auf diese Anleihe einer tieferwertigen regulatorischen Eigenmittelbehandlung unterliegt als beim Ausgabedatum (jedoch in beiden Fällen (a) oder (b) aus anderen Gründen als einer Amortisierung in den letzten fünf Jahren vor der Endfälligkeit gemäss Art. 30 Abs. 2 der Eigenmittelverordnung).
Keine Staatsgarantie:	Jeder Obligationär verzichtet auf allfällige Ansprüche, welche unter der Staatsgarantie des Kantons Luzern allfällig bestehen könnten.
Aufstockung:	Die Emittentin behält sich das Recht vor, diese Anleihe jederzeit durch Ausgabe weiterer, mit dieser Basisranche fungibler Obligationen aufzustocken.

Status:	<p>Die Forderungen unter der Anleihe sind direkte, unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen der Emittentin welche untereinander <i>pari passu</i> rangieren.</p> <p>Falls eine Anordnung oder ein gültiger Beschluss zur Liquidation oder der Auflösung der Emittentin erlassen oder gefasst wird oder ein Sanierungsverfahren über die Emittentin eröffnet wird, rangieren die Forderungen der Obligationäre gegen die Emittentin unter den Obligationen wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) nachrangig (1) zu allen nicht-nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin und (2) zu anderen nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin, mit Ausnahme von Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten; (b) <i>pari passu</i> untereinander sowie mit den Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten; und (c) vorrangig zu Forderungen gegenüber der Emittentin, welche nach ihren Bedingungen tiefer subordiniert sind als die Forderungen unter dieser Anleihe, wie z. B. Forderungen von Gläubigern unter Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (Additional Tier 1), und vorrangig zu Eigenkapital und gleichartigen Instrumenten der Emittentin.
Bedingter Forderungsverzicht:	<p>Wenn die Aufsichtsbehörde den Eintritt eines PONV erklärt, erlöschen sämtliche bereits fällig gewordenen, aber noch nicht erfüllten, sowie sämtliche noch nicht fällig gewordenen Zahlungsansprüche der Obligationäre unter der Anleihe.</p> <p>PONV heisst «point of non-viability» und ein solcher tritt ein, wenn entweder</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) die Aufsichtsbehörde der Emittentin mitgeteilt hat, dass sie zum Ergebnis gekommen ist, dass der Forderungsverzicht unter dieser Anleihe (zusammen mit der Wandlung oder dem Forderungsverzicht von Gläubigern in Bezug auf andere Kapitalinstrumente der Emittentin, welche dannzumal, in Anwendung der relevanten vertraglichen Bestimmungen oder der relevanten Gesetzesbestimmungen, in Eigenkapital gewandelt oder abgeschrieben werden können) ein wesentlicher Schritt ist, um die Emittentin vor dem Konkurs, der Insolvenz, der Zahlungsunfähigkeit in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden oder der Einstellung ihres Geschäftsbetriebes zu bewahren, weil übliche Massnahmen zur Stützung des regulatorischen Kapitals der Emittentin nicht ausreichend oder nicht möglich sind; oder (b) übliche Massnahmen zur Stützung des regulatorischen Kapitals der Emittentin im relevanten Zeitpunkt nicht ausreichend oder nicht möglich erscheinen und die Emittentin eine unwiderprüfliche Zusage auf Ausserordentliche Unterstützung direkt oder indirekt von der Schweizerischen Regierung oder der Schweizerischen Nationalbank oder vom Kanton Luzern erhalten hat. <p>Ausserordentliche Unterstützung bedeutet</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) in Bezug auf die Schweizerische Regierung und die Schweizerische Nationalbank, jede direkte oder indirekte Unterstützung (mit der Ausnahme von Unterstützung, welche (i) im normalen Geschäftsverlauf erfolgt oder (ii) die Folge von üblichen Transaktionen und Vereinbarungen ist), welche als Wirkung hat oder unmittelbar haben wird, dass das regulatorische Kapital der Emittentin verbessert wird und ohne welche nach Beurteilung der Aufsichtsbehörde die Emittentin insolvent oder in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden zahlungsunfähig geworden wäre oder über sie der Konkurs eröffnet worden wäre oder sie ihren Geschäftsbetrieb hätte einstellen müssen; und (b) in Bezug auf den Kanton Luzern, jede direkte oder indirekte Unterstützung (mit der Ausnahme von Unterstützung, welche (i) im normalen Geschäftsverlauf erfolgt, (ii) die Folge von üblichen Transaktionen und Vereinbarungen ist oder (iii) geleistet wird, um direkt oder indirekt strategische oder politische Zwecke oder Ziele zu verfolgen), welche (1) als Wirkung hat oder unmittelbar haben wird, dass das regulatorische Kapital der Emittentin verbessert wird und ohne welche nach Beurteilung der Aufsichtsbehörde die Emittentin insolvent oder in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden zahlungsunfähig geworden wäre oder über sie der Konkurs eröffnet worden wäre oder sie ihren Geschäftsbetrieb hätte einstellen müssen und (2) von der Aufsichtsbehörde schriftlich als «ausserordentliche Unterstützung» beurteilt wird.
Form:	Die Obligationen werden in Form von Wertrechten gemäss Art. 973c des Schweizerischen Obligationenrechts ausgegeben und stellen ab ihrer Eintragung im Hauptregister der SIX SIS AG und der Gutschrift im Effektenkonto eines oder mehrerer ihrer Teilnehmer Bucheffekten dar. Es besteht kein Recht auf Umwandlung in einzelne Wertpapiere oder Globalurkunden.
Clearing und Settlement:	SIX SIS AG.
Stückelung:	CHF 5'000.
Handel und Kotierung:	Die provisorische Zulassung der Anleihe zum Handel an der SIX Swiss Exchange erfolgt am 12. Mai 2021. Der letzte Handelstag ist (ausser im Falle eines vollständigen Forderungsverzichts) der zweite Handelstag vor dem Tag, an dem die Obligationen zurückgezahlt werden. Die Emittentin wird die Kotierung der Anleihe an der SIX Swiss Exchange beantragen.
Verkaufsbeschränkungen:	Insbesondere USA, US Personen, EEA und UK.
Anwendbares Recht und Gerichtsstand:	Schweizerisches Recht, Gerichte des Kantons Luzern.

Syndikat:

Die Anleihe wird von einem Syndikat bestehend aus der Luzerner Kantonalbank und der Zürcher Kantonalbank (gemeinsam die **Joint-Lead Managers**) fest übernommen.

Valorennummer:

111224674

ISIN: CH1112246744

Structuring Advisor

Zürcher Kantonalbank

Joint-Lead Managers

Luzerner Kantonalbank

Zürcher Kantonalbank

WICHTIGE INFORMATIONEN

Dieser Prospekt wird nicht in Bezug auf spätere Entwicklungen, die nach dem Prospektdatum eintreten, aktualisiert. Insbesondere muss dieser Prospekt nicht im Zeitpunkt der Genehmigung durch die schweizerische Prüfstelle aktualisiert werden. Folglich impliziert weder die Lieferung dieses Prospekts, noch das Angebot, der Verkauf oder die Lieferung der Obligationen, dass die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen betreffend die Emittentin zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem Datum dieses Prospekts korrekt sind, oder das jegliche weiteren Informationen, die im Zusammenhang mit der Ausgabe der Obligationen erteilt werden, zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem Datum des diese Informationen enthaltenden Dokuments korrekt sind.

Dieser Prospekt wurde von der Emittentin ausschliesslich für die Verwendung im Zusammenhang mit dem Angebot der Obligationen sowie für die Kotierung der Anleihe und deren Zulassung zum Handel an der SIX Swiss Exchange erstellt. Die Emittentin hat die Verwendung dieses Prospekts für andere Zwecke nicht genehmigt.

INHALTSVERZEICHNIS

WICHTIGE INFORMATIONEN	4
INHALTSVERZEICHNIS	5
ZUSAMMENFASSUNG	6
ALLGEMEINE INFORMATIONEN	10
ÜBER DEN PROSPEKT	11
HINWEIS BEZÜGLICH ZUKUNFTSBEZOGENER AUSSAGEN.	12
WESENTLICHE RISIKEN.	13
ANLEIHENSBEDINGUNGEN.	21
VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN	27
DIE EMITTENTIN.	29
SCHWEIZERISCHE STEUERASPEKTE	32

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Zusammenfassung ist als Einleitung zum Prospekt zu verstehen. Der Entscheid des Anlegers zur Investition (Anlageentscheid) muss sich auf die Angaben im Prospekt (in seiner Gesamtheit), einschliesslich aller Dokumente, die durch Verweis diesen Prospekt aufgenommen wurden, und nicht auf die Zusammenfassung stützen. Potentielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass eine Haftung für die Zusammenfassung nur für den Fall besteht, dass diese irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird.

A. Angaben zur Emittentin

Emittentin: Luzerner Kantonalbank AG (die **Emittentin**).

Die Emittentin ist eine Aktiengesellschaft im Sinne von Art. 620 ff. des Schweizerischen Obligationenrechts, mit Sitz an der Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern, Schweiz.

B. Angaben zu den Anleihensbedingungen

Anleihe: 0.875 % Tier 2 Anleihe von CHF 400'000'000 mit Fälligkeitsdatum am 14. Mai 2031.

Ausgabedatum: 14. Mai 2021.

Fälligkeit: Vorbehältlich einer Vorzeitigen Rückzahlung oder eines Bedingten Forderungsverzichts werden die Obligationen am 14. Mai 2031 (das **Fälligkeitsdatum**) zum Nennwert zusammen mit den zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen und unbezahlten Zinsen zurückgezahlt.

Vorzeitige Rückzahlung: Die Emittentin hat das Recht (aber nicht die Pflicht), sämtliche Obligationen (aber nicht lediglich einzelne davon)

- (a) am 14. Mai 2029;
- (b) im Falle einer Steuerlichen Änderung; oder
- (c) im Falle einer Regulatorischen Änderung,

jeweils zum Nennwert zuzüglich der bis zum (und einschliesslich) für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufenen und unbezahlten Zinsen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung gemäss Abschnitt (a) und (b) oben bedürfen (falls dazumal erforderlich) der vorgängigen Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

Rückzahlungsereignisse: Eine **Steuerliche Änderung** liegt vor, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass (a) eine Zinszahlung unter dieser Anleihe von einer zuständigen Steuerbehörde nicht mehr als steuerlicher Aufwand der Emittentin akzeptiert wird oder werden wird und die Emittentin in der Folge mehr als geringfügige Steuern zusätzlich tragen muss oder müsste, oder (b) die Emittentin als Schuldnerin verpflichtet wird, irgendwelche Steuerabzüge auf Zahlungen unter dieser Anleihe vorzunehmen oder einzubehalten, und dies in jedem der Fälle (a) oder (b) von der Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung nicht ohne wesentliche negative Auswirkungen oder Kosten durch zumutbare Massnahmen vermieden werden kann.

Eine **Regulatorische Änderung** liegt vor, falls die Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung (a) diese Anleihe nicht oder nicht mehr vollständig als Ergänzungskapital (Tier 2) gemäss Nationalen Regularien anrechnen darf oder (b) in

sonstiger Weise im Hinblick auf diese Anleihe einer tieferwertigen regulatorischen Eigenmittelbehandlung unterliegt als beim Ausgabedatum (jedoch in beiden Fällen (a) oder (b) aus anderen Gründen als einer Amortisierung in den letzten fünf Jahren vor der Endfälligkeit gemäss Art. 30 Abs. 2 der Eigenmittelverordnung).

Zins:

Fixer Zinssatz von 0.875 % p.a. bis zum Fälligkeitsdatum.

Die Zinszahlungen erfolgen jeweils jährlich im Nachhinein am 14. Mai eines jeden Jahres, erstmals am 14. Mai 2022 (je ein **Zinszahlungstag**).

Bedingter Forderungsverzicht:

Wenn die Aufsichtsbehörde den Eintritt eines PONV erklärt, erlöschen sämtliche bereits fällig gewordenen, aber noch nicht erfüllten, sowie sämtliche noch nicht fällig gewordenen Zahlungsansprüche der Obligationäre unter der Anleihe.

PONV heisst «point of non-viability» und ein solcher tritt ein, wenn entweder

- (a) die Aufsichtsbehörde der Emittentin mitgeteilt hat, dass sie zum Ergebnis gekommen ist, dass der Forderungsverzicht unter dieser Anleihe (zusammen mit der Wandlung oder dem Forderungsverzicht von Gläubigern in Bezug auf andere Kapitalinstrumente der Emittentin, welche dannzumal, in Anwendung der relevanten vertraglichen Bestimmungen oder der relevanten Gesetzesbestimmungen, in Eigenkapital gewandelt oder abgeschrieben werden können) ein wesentlicher Schritt ist, um die Emittentin vor dem Konkurs, der Insolvenz, der Zahlungsunfähigkeit in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden oder der Einstellung ihres Geschäftsbetriebes zu bewahren, weil übliche Massnahmen zur Stützung des regulatorischen Kapitals der Emittentin nicht ausreichend oder nicht möglich sind; oder
- (b) übliche Massnahmen zur Stützung des regulatorischen Kapitals der Emittentin im relevanten Zeitpunkt nicht ausreichend oder nicht möglich erscheinen und die Emittentin eine unwiderrufliche Zusage auf Ausserordentliche Unterstützung direkt oder indirekt von der Schweizerischen Regierung oder der Schweizerischen Nationalbank oder vom Kanton Luzern erhalten hat.

Ausserordentliche Unterstützung bedeutet

- (a) in Bezug auf die Schweizerische Regierung und die Schweizerische Nationalbank, jede direkte oder indirekte Unterstützung (mit der Ausnahme von Unterstützung, welche (i) im normalen Geschäftsverlauf erfolgt oder (ii) die Folge von üblichen Transaktionen und Vereinbarungen ist), welche als Wirkung hat oder unmittelbar haben wird, dass das regulatorische Kapital der Emittentin verbessert wird und ohne welche nach Beurteilung der Aufsichtsbehörde die Emittentin insolvent oder in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden zahlungsunfähig geworden wäre oder über sie der Konkurs eröffnet worden wäre oder sie ihren Geschäftsbetrieb hätte einstellen müssen; und
- (b) in Bezug auf den Kanton Luzern, jede direkte oder indirekte Unterstützung (mit der Ausnahme von Unterstützung, welche (i) im normalen Geschäftsverlauf erfolgt, (ii) die Folge von üblichen Transaktionen und Vereinbarungen ist oder (iii) geleistet wird, um direkt oder indirekt strategische oder politische Zwecke oder Ziele zu verfolgen), welche (1) als Wirkung hat oder unmittelbar haben wird, dass das regulatorische Kapital der Emittentin verbessert wird und ohne welche nach Beurteilung der Aufsichtsbehörde die Emittentin insolvent oder in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden zahlungsunfähig geworden wäre oder über sie der Konkurs eröffnet worden wäre oder sie ihren Geschäftsbe-

trieb hätte einstellen müssen und (2) von der Aufsichtsbehörde schriftlich als «ausserordentliche Unterstützung» beurteilt wird.

Aufstockung: Die Emittentin behält sich das Recht vor, diese Anleihe jederzeit durch Ausgabe weiterer, mit dieser Basistranche fungibler Obligationen aufzustocken.

Stückelung: CHF 5'000.

Status: Falls eine Anordnung oder ein gültiger Beschluss zur Liquidation oder der Auflösung der Emittentin erlassen oder gefasst wird oder ein Sanierungsverfahren über die Emittentin eröffnet wird, rangieren die Forderungen der Obligationäre gegen die Emittentin unter den Obligationen wie folgt:

- (a) nachrangig (1) zu allen nicht-nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin und (2) zu anderen nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin, mit Ausnahme von Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten;
- (b) *pari passu* untereinander sowie mit den Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten; und
- (c) vorrangig zu Forderungen gegenüber der Emittentin, welche nach ihren Bedingungen tiefer subordiniert sind als die Forderungen unter dieser Anleihe, wie z. B. Forderungen von Gläubigern unter Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (Additional Tier 1), und vorrangig zu Eigenkapital und gleichartigen Instrumenten der Emittentin.

Form: Die Obligationen werden in Form von Wertrechten gemäss Art. 973c des Schweizerischen Obligationenrechts ausgegeben und stellen ab ihrer Eintragung im Hauptregister der SIX SIS AG und der Gutschrift im Effektenkonto eines oder mehrerer ihrer Teilnehmer Bucheffekten dar. Es besteht kein Recht auf Umwandlung in einzelne Wertpapiere oder Globalurkunden.

Zusicherungen: *Pari-Passu*-Klausel wie in den Anleihensbedingungen näher beschrieben.

Zahlstelle: Luzerner Kantonalbank AG.

Anwendbares Recht und Gerichtsstand: Schweizerisches Recht, Gerichte des Kantons Luzern.

C. Angaben zum Angebot

Angebot: Das in diesem Prospekt beschriebene Angebot besteht aus einem öffentlichen Angebot der Obligationen in der Schweiz und Privatplatzierungen der Obligationen bei potenziellen Anlegern ausserhalb der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Emissionspreis: 100.308 % des Nominalbetrags der Anleihe, abzüglich Kommissionen.

Clearing und Settlement: SIX SIS

Wertpapierkennnummern: Valorenummer: 111224674

ISIN: CH1112246744

Verkaufsbeschränkungen: Die Obligationen unterliegen Beschränkungen hinsichtlich des Angebots, des Verkaufs und der Lieferung, insbesondere in den Vereinigten Staaten and US Bürger, im Europäischen Wirtschaftsraum und im Vereinigten Königreich.

Structuring Advisor: Zürcher Kantonalbank
Joint-Lead Managers: Luzerner Kantonalbank und Zürcher Kantonalbank.

D. Angaben zur Handelszulassung

Handelsplatz: SIX Swiss Exchange
Handel und Kotierung: Die provisorische Zulassung der Anleihe zum Handel an der SIX Swiss Exchange erfolgt am 12. Mai 2021. Der letzte Handelstag ist (ausser im Falle eines vollständigen Forderungsverzichts) der zweite Handelstag vor dem Tag, an dem die Obligationen zurückgezahlt werden. Die Emittentin wird die Kotierung der Anleihe an der SIX Swiss Exchange beantragen.

E. Angaben zur Prospektgenehmigung

Schweizer Prüfstelle: SIX Exchange Regulation AG, Hardturmstrasse 201, 8005 Zürich
Datum des Prospekts und Genehmigung: Dieser Prospekt datiert vom 12. Mai 2021 und wurde an dem auf der ersten Seite aufgeführten Datum durch die Schweizer Prüfstelle genehmigt.
Dieser Prospekt wird nicht in Bezug auf spätere Entwicklungen, die nach dem Prospektdatum eintreten, aktualisiert. Insbesondere muss dieser Prospekt nicht im Zeitpunkt der Genehmigung durch die schweizerische Prüfstelle aktualisiert werden.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Vertretung

Gestützt auf Art. 58a des Kotierungsreglements der SIX Swiss Exchange fungiert Luzerner Kantonalbank AG als anerkannte Vertreterin und wird das Gesuch um Kotierung der Anleihe an der SIX Swiss Exchange einreichen.

Rechtsgrundlage

Die Emittentin begibt diese Anleihe gemäss einem Beschluss des Verwaltungsrates vom 5. März 2021 und der Geschäftsleitung vom 12. April 2021.

Clearing-System und Wertpapierkennnummern

Das Clearing und Settlement der Anleihen erfolgt über SIX SIS AG.

Valorennummer: 111224674

ISIN: CH1112246744

Zahlstelle

Als Zahlstelle fungiert die Luzerner Kantonalbank AG.

Mitteilungen

Mitteilungen der Emittentin werden im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) veröffentlicht.

Mitteilungen an die Obligationärer erfolgen gemäss Bedingung 11 der Anleihebedingungen.

Wesentliche Veränderungen

Es sind, mit Ausnahme der in diesem Prospekt (einschliesslich der per Verweis inkorporierten Dokumente) offen gelegten Sachverhalte, seit 31. Dezember 2020 keine wesentlichen Änderungen in der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Emittentin eingetreten.

Verwendung des Nettoerlöses

Der Nettoerlös der Anleihe von CHF 399'644'000 wird von der Emittentin für allgemeine geschäftliche Zwecke verwendet.

Verantwortung für den Prospekt

Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospekts und erklären hiermit, dass ihres Wissens alle Angaben in diesem Prospekt richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind.

ÜBER DEN PROSPEKT

Per Verweis inkorporierte Dokumente

Die nachfolgenden Dokumente der Emittentin sind per Verweis inkorporiert worden und stellen einen wichtigen Bestandteil des Prospekts dar:

- (1) Geschäftsbericht 2020;
- (2) Offenlegungsbericht 2020; und
- (3) Medienmitteilung vom 16. April 2021 bezüglich des Quartalabschlusses per 31. März 2021, einschliesslich der darin erwähnten Konzernerfolgsrechnung und Konzernbilanz per 31. März 2021.

Verfügbarkeit von Dokumenten

Kopien dieses Prospekts (einschliesslich der per Verweis inkorporierten Dokumente) können während der normalen Geschäftszeiten kostenlos in elektronischer oder gedruckter Form am Sitz der Emittentin, oder per Telefon (+41 41 206 31 59), oder per E-Mail an ztb@lukb.ch bezogen werden.

Darüber hinaus sind die per Verweis inkorporierte Dokumente auf der Website der Emittentin unter www.lukb.ch/de/finanzinformationen veröffentlicht.

HINWEIS BEZÜGLICH ZUKUNFTSBEZOGENER AUSSAGEN

Dieser Prospekt enthält zukunftsbezogene Aussagen, welche sich auf die künftige finanzielle Entwicklung oder künftige finanzielle Ergebnisse beziehen, sowie andere Aussagen, welche keine historischen Tatsachen darstellen. Begriffe wie «glauben», «erwarten», «planen», «projektieren», «schätzen», «vorhersehen», «beabsichtigen», «anstreben», «annehmen», «kann», «könnte», «wird» und ähnliche Begriffe sollen solche zukunftsbezogenen Aussagen kennzeichnen, sind aber nicht das einzige Mittel zur Kennzeichnung derselben. Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsbezogenen Aussagen basieren auf den Annahmen und Erwartungen, welche die Emittentin zum heutigen Zeitpunkt für realistisch haltet, die sich aber als falsch herausstellen können. Entsprechend besteht das Risiko, dass Aussichten, Vorhersagen, Prognosen, Projektionen und andere in zukunftsbezogenen Aussagen beschriebene oder implizierte Ergebnisse nicht erreicht werden. Für eine detaillierte Beschreibung der Risiken im Zusammenhang mit der Emittentin und der Obligationen wird auf den Abschnitt «*Wesentliche Risiken*» ab Seite 13 dieses Prospekts verwiesen.

Sollte eines oder mehrere dieser Risiken eintreten oder sollten sich die der Beschreibung der Risiken zugrundeliegenden Annahmen als falsch erweisen, können die effektiven Folgen und Resultate erheblich von der heutigen Einschätzung abweichen. Potenzielle Anleger sollten sich daher in keiner Weise auf zukunftsbezogene Aussagen verlassen. Sofern nicht durch das FIDLEG oder andere anwendbare wertpapierrechtliche Gesetze und Vorschriften vorgeschrieben, übernimmt die Luzerner Kantonalbank AG keine Verpflichtung, zukunftsbezogene Aussagen oder die Beschreibung der wesentlichen Risiken zu aktualisieren oder zu ergänzen, selbst wenn diese aufgrund neuer Informationen, zukünftiger Ereignisse oder anderen Umstände unrichtig oder irreführend werden.

WESENTLICHE RISIKEN

Eine Investition in die Obligationen ist mit Risiken verbunden, einschliesslich des Risikos eines Verlusts der gesamten Investition eines Obligationärs in die Obligationen. Potenzielle Anleger sollten deshalb sämtliche in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und insbesondere die nachstehend aufgeführten, wesentlichen Risiken unter Berücksichtigung ihrer persönlichen und finanziellen Situation, ihrer Anlagestrategie und -ziele sowie aller weiteren relevanten Umstände sorgfältig prüfen und ihren Anlageentscheid in Bezug auf die Obligationen nur nach Rücksprache mit ihren eigenen Finanz-, Rechts-, Steuer- und anderen Beratern über die mit einer Anlage in die Obligationen verbundenen Risiken und die Eignung einer Investition in die Obligationen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände treffen.

Die Emittentin ist der Ansicht, dass die nachfolgend beschriebenen Faktoren die wesentlichen Risiken darstellen, die mit einer Investition in die Obligationen verbunden sind. Dennoch kann die Unfähigkeit der Emittentin, Zinsen, Nominal- oder andere unter der Anleihe geschuldete Beträge zu zahlen oder ihren Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Anleihe nachzukommen, auch aus anderen Gründen eintreten, die der Emittentin derzeit nicht bekannt sind oder von dieser basierend auf den ihr derzeit zur Verfügung stehenden Informationen als unwesentlich beurteilt werden. Darüber hinaus werden in diesem Abschnitt bestimmte Faktoren beschrieben, die für die Beurteilung der mit den Obligationen verbundenen Marktrisiken wesentlich sind. Potenzielle Anleger sollten bei der Beurteilung der Vorzüge und der Eignung einer Investition in die Obligationen die folgenden Risikofaktoren sorgfältig prüfen. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen sind nicht als erschöpfende Auflistung aller potenziellen Risiken, die mit einer Anlage in die Obligationen verbunden sein können, zu verstehen. Potenzielle Anleger sollten sich vor dem Treffen eines Anlageentscheids auch die an anderer Stelle in diesem Prospekt enthaltenen detaillierten Informationen vergegenwärtigen und sich ihre eigene Meinung bilden.

Aus der Reihenfolge, in der die Risikofaktoren nachfolgend dargestellt werden, können keine Rückschlüsse auf deren Eintrittswahrscheinlichkeit oder das potenzielle Ausmass der damit verbundenen finanziellen Folgen gezogen werden.

Risiken in Bezug auf die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit

Die Anleger tragen das Emittentenrisiko. Potenzielle Anleger sollten sich deshalb bewusst sein, dass sie dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt sind. Die Anleger tragen damit das Risiko, dass sich die Finanzsituation der Emittentin verschlechtern und die Emittentin zahlungsunfähig werden könnte. Die Emittentin ist einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die sich negativ auf ihr Betriebsergebnis oder ihre finanzielle Situation auswirken können. Entsprechend sind Umsatz und Gewinn der Emittentin Fluktuationen unterworfen.

Ein wirtschaftlicher Abschwung oder Schwankungen an den Finanz- sowie den Immobilienmärkten können sich negativ auf das Betriebsergebnis der Emittentin auswirken

Ein über längere Zeit andauernder wirtschaftlicher Abschwung in der Schweiz, im Kanton Luzern und/oder weltweit oder eine anhaltende Volatilität der Finanzmärkte können sich negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken. Faktoren wie Zinsniveau, Inflation, Deflation, Stimmung der Anleger, Kosten und Verfügbarkeit von Krediten, Liquidität der globalen Finanzmärkte sowie Höhe und Volatilität von Aktienkursen können erhebliche Auswirkungen auf die Aktivitäten von Kunden und die Profitabilität der Geschäftstätigkeit der Emittentin haben. Zudem kann sich eine Abschwächung oder ein Einbruch der Immobilienmärkte in der Schweiz, und speziell im Kanton Luzern, negativ auf das Hypothekengeschäft der Emittentin auswirken.

Die Emittentin steht mit (vorwiegend inländischen) Wettbewerbern in Konkurrenz

Sämtliche geschäftliche Aktivitäten der Emittentin betreffen hart umkämpfte Märkte. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hängt von einer Vielzahl von Faktoren, einschliesslich ihrer Reputation, der Qualität ihrer Dienstleistungen und Beratung, ihres Know-Hows, ihrer Innovationsfähigkeit, ihrer Preisstruktur, dem Erfolg ihrer Marketing- und Verkaufsbemühungen und den Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter ab. Gelingt es der Emittentin bezüglich dieser und weiterer Faktoren nicht, ihre Marktposition beizubehalten, kann sich dies negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Die Emittentin ist dem Kreditrisiko von Drittparteien ausgesetzt und finanzielle oder andere Probleme von Dritten können sich negativ auf den Betrieb, die finanzielle Situation und das operative Ergebnis der Emittentin auswirken

Wie für das Bankengeschäft typisch, unterliegt die Emittentin dem Risiko, dass Dritte, welchen sie Geld, Aktien oder andere Vermögenswerte leiht, so insbesondere Kunden, Gegenparteien bei Handelsgeschäften, Börsen, Clearingstellen und andere Finanzinstitute ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllen. Auch wenn die Emittentin solche Drittparteien überprüft, um deren jeweiliges Gegenparteirisiko zu reduzieren, kann es sein, dass diese ihren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin aufgrund von Liquiditätsengpässen, operativen Fehlern, Insolvenz oder aus anderen Gründen nicht nachkommen. Das Gegenparteirisiko hat im aktuellen, herausfordernden Geschäftsumfeld und im Zuge steigender Volatilität der Finanzmärkte stark an Bedeutung gewonnen. Kreditverluste können eintreten, welche über dem langjährigen Durchschnitt liegen, was sich negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken kann.

Eine Verschlechterung des Kreditratings der Emittentin kann für sie höhere Finanzierungskosten zur Folge haben und das Vertrauen von Kunden in die Emittentin beeinträchtigen

Eine Verschlechterung der Kreditratings der Emittentin oder ein negativer Ausblick durch Ratingagenturen kann für die Emittentin höhere Finanzierungskosten und eine sinkende Verfügbarkeit von Finanzierungsquellen zur Folge haben. Zudem können Herabstufungen von Ratings auch die Fähigkeit der Emittentin, in gewissen Geschäftsfeldern tätig zu sein bzw. gewisse Geschäfte einzugehen, beeinträchtigen und Kunden könnten zögern, mit der Emittentin Geschäfte zu tätigen. Aufgrund der möglichen negativen Konsequenzen einer Herabstufung von Kreditratings auf die Finanzierungskosten und Finanzierungsmöglichkeiten der Emittentin, kann sich eine solche Herabstufung negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Das Betriebsergebnis der Emittentin kann durch plötzliche und substantielle Änderungen der Zinsverhältnisse beeinträchtigt werden

Unerwartete und sprunghafte Änderungen der allgemeinen Zinssätze am Markt und insbesondere eine anhaltende Ausweitung des Negativzinsumfelds können sich nachteilig auf die Höhe der Nettozinseinnahmen der Emittentin auswirken. Da Finanzierungskosten und Zinseinnahmen nicht in allen Zinskonstellationen korrelieren, können Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus wie auch der Zinsstruktur die Nettozinseinnahmen der Emittentin negativ beeinflussen. Zinsschwankungen können zudem den Wert der festverzinslichen Anlagen der Emittentin sowie die Einnahmen aus dem Verkaufs- und Handelsgeschäft beeinflussen und sich negativ auf den Wert von Vermögenswerten weiterer Anlageklassen und damit auch der von der Emittentin verwalteten Vermögen auswirken, auch wenn der Fokus der Geschäftstätigkeit der Emittentin nicht in diesen Geschäftsfeldern liegt. Trotz ihrer Bemühungen, das Zinsrisiko zu kontrollieren, können sich plötzliche und substantielle Änderungen der Zinssätze negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken. Ferner können sich auch anhaltend tiefe oder negative Zinsen negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Eine Beeinträchtigung der Fähigkeit, eine stabile Refinanzierungs- und Liquiditätsposition zu erhalten, kann sich negativ auf das Betriebsergebnis und die finanzielle Situation der Emittentin auswirken

Obwohl sie ihre Refinanzierungs- und Liquiditätspositionen aktiv bewirtschaftet, unterliegt die Emittentin einem Liquiditätsrisiko. Das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen zum Fälligkeitszeitpunkt nicht nachkommen zu können, wohnt jeglicher Banktätigkeit inne und kann sich negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Operationelle Risiken können die Geschäftstätigkeit der Emittentin beeinträchtigen, regulatorische Massnahmen gegen die Emittentin nach sich ziehen oder sich negativ auf ihr Betriebsergebnis auswirken

Die Emittentin ist operationellen Risiken ausgesetzt, auch wenn sie diese durch effektive Prozesse und Kontrollen einzudämmen versucht. Operationelle Risiken bezeichnen das Verlustrisiko, welches aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen und Systemen, von Personen oder aus äusseren Ereignissen, die den Betrieb der Emittentin beeinträchtigen, resultiert (ausgenommen sind finanzielle Risiken wie beispielsweise mit Finanzmärkten verbundene Risiken sowie das Gegenparteirisiko). Gerade aufgrund des breiten Spektrums von operationellen Risiken kann sich das Eintreten eines oder mehrerer dieser Risiken negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Laufende Entwicklungen im Bankensektor können sich negativ auf die Position der Emittentin als Vermögensverwalterin in der Schweiz auswirken

Laufende Diskussionen über das Schweizer Bankkundengeheimnis und Niedrigsteuerländer im Allgemeinen, höhere Transparenzanforderungen, die laufende Ausdehnung des «automatischen Informationsaustausches» im Rahmen einer Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen der OECD sowie verstärkte regulatorische Aufsicht haben den Druck auf die Vermögensverwaltungstätigkeit in der Schweiz erhöht. Diese Entwicklungen können sich allgemein negativ auf Banken in der Schweiz auswirken. Trotz der starken regionalen Verankerung der Emittentin und ihrer transparenten Steuerstrategie für im Ausland ansässige Kunden, können sich die genannten Entwicklungen negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Die mit juristischen Verfahren verbundenen Risiken können sich negativ auf das Betriebsergebnis der Emittentin auswirken

Die Emittentin unterliegt den eidgenössischen und kantonalen Rechtsordnungen sowie dem Recht ausländischer Staaten, soweit sie mit dort domizilierten Kunden Geschäftsaktivitäten entwickelt oder entwickelt hat. Die Emittentin ist daher mit den Risiken von Verfahren unter den entsprechenden Rechtsordnungen konfrontiert. Der Ausgang solcher Verfahren ist stets ungewiss und kann insbesondere finanzielle Verluste und Reputationsverluste zur Folge haben. Das Führen solcher Verfahren kann zudem einen hohen finanziellen und zeitlichen Aufwand mit sich bringen und es besteht auch bei erfolgreichem Ausgang des Verfahrens keine Garantie, für sämtliche angefallenen Kosten entschädigt zu werden. Obwohl die Emittentin Prozesse und Kontrollen implementiert hat, um ihre rechtlichen Risiken zu kontrollieren, können sich diese negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Die Emittentin ist Verlustrisiken als Folge von Betrug und sonstigem Fehlverhalten ihrer Mitarbeiter ausgesetzt

Betrug, das Missachten von gesetzlichen, regulatorischen oder betriebsinternen Vorschriften oder Sorgfaltspflichten und sonstiges Fehlverhalten ihrer Mitarbeiter können Verluste, negative Berichterstattung und eine Schädigung der Reputation der Emittentin zur Folge haben, zu verstärkter regulatorischer Aufsicht führen und die Fähigkeit der Emittentin, Kunden zu binden und neue Kunden zu gewinnen sowie den Zugang zu den Kapitalmärkten aufrecht zu erhalten, beeinträchtigen. Weiter können daraus auch gerichtliche Verfahren und Vollstreckungsmassnahmen sowie Bussen und Geldstrafen gegen die Emittentin und weitere, nicht vorhersehbare negative Auswirkungen resultieren. All dies kann sich negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Die Emittentin ist mit Risiken im Zusammenhang mit gesetzlichen oder regulatorischen Änderungen konfrontiert

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin unterliegt detaillierten und umfassenden gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen innerhalb wie ausserhalb der Schweiz sowie der Aufsicht durch Schweizer sowie durch ausländische Behörden. Änderungen dieser Bestimmungen können die Art und Weise der Geschäftstätigkeit der Emittentin beeinflussen. Regulatoren haben weitgehende Kompetenzen bezüglich zahlreicher Aspekte der Tätigkeiten von Finanzdienstleistern, so beispielsweise aufgrund der Bestimmungen zur Liquidität, den Eigenmitteln und zulässigen Anlagen, zum Geschäftsgebaren, zur Geldwäscherei und Identifikation von Kunden, zum Datenschutz, zu den Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten sowie zu den Werbe- und Verkaufsaktivitäten. Diese und weitere für die Emittentin relevante Bestimmungen können jederzeit ändern und diese Änderungen können sich negativ auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin auswirken. Die Emittentin kann den Zeitpunkt und die Art solcher Änderungen nicht immer vorhersehen. Zudem unterziehen Regulatoren (und andere relevante Aufsichtsbehörden) in der Schweiz, der EU, den USA und in weiteren Ländern Zahlungsströme und andere Transaktionen mit Blick auf ihre jeweiligen Bestimmungen zur Geldwäscherei, Ländersanktionen, Steuerhinterziehung, Bestechung und Anti-Korruptionsmassnahmen weiterhin genauen Untersuchungen. Obwohl die Emittentin stets bestrebt ist, sämtliche auf sie anwendbaren gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen einzuhalten, verbleiben substanzielle Risiken, gerade in Bereichen, in denen die Bestimmungen unklar sind, oder Behörden ihre Richtlinien und Weisungen angepasst oder Gerichte die bisherige Praxis geändert haben. Regulatoren, aber auch andere Behörden können administrative oder gerichtliche Verfahren gegen die Emittentin einleiten, was unter anderem zu negativen Berichterstattungen und Reputationschäden, Sistierung oder Widerruf von Bewilligungen, Unterlassungsverfügungen, Bussen, Geldstrafen und Schadenersatzforderungen sowie weiteren disziplinarischen Massnahmen führen kann. All dies kann sich negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Als Bank unterliegt die Emittentin Risiken im Zusammenhang mit den regulatorischen Eigenmittelanforderungen

Die Emittentin (Stammhaus und Konzern) muss gemäss den Anforderungen der FINMA derzeit über anrechenbare Eigenmittel von mindestens 12 % der risikogewichteten Positionen verfügen (Bank Kategorie 3). Dazu kann ein Zuschlag im Zusammenhang mit dem antizyklischen Puffer kommen, welcher zurzeit 0 % beträgt. Im Falle einer Erhöhung auf die gesetzliche Maximallimite ergäbe dies für die Emittentin eine Minimalanforderung von knapp 14 %.

Die Emittentin weist per 31. Dezember 2020 eine Gesamtkapitalratio von 15.8 % der risikogewichteten Positionen aus und liegt damit im mittleren Bereich der von der Emittentin definierten bisherigen Zielbandbreite von 14–18 %.

Die ungewichtete Eigenmittelquote (Leverage Ratio) beträgt per 31. Dezember 2020 7.7 % des Gesamtengagements bei einer gesetzlichen Minimalforderung von 3.0 %.

Die gesetzlichen Eigenmittelvorschriften können aus verschiedenen Gründen weiter ansteigen.

Sollte die Emittentin diese oder andere regulatorische Kapitalanforderungen nicht einhalten können oder nicht in der Lage sein, genügend Eigenmittel zu beschaffen, können die FINMA oder der Gesetzgeber Massnahmen und Sanktionen treffen, welche wiederum die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin beeinträchtigen können. Wäre die Emittentin nicht in der Lage, genügend Eigenmittel zu beschaffen, könnte sie dies auch bei der Weiterentwicklung einschränken.

Als Bank unterliegt die Emittentin dem Schweizer Abwicklungsregime für Banken

Die Emittentin unterliegt als Schweizer Bank dem Abwicklungsregime des Schweizer Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen. Das bedeutet, dass die FINMA gegenüber der Emittentin ihre weitreichenden gesetzlichen Befugnisse ausüben kann, einschliesslich der Befugnis, Schutzmassnahmen anzuordnen oder ein Sanierungsverfahren (und damit zusammenhängende Abwicklungsbefugnisse auszuüben) bzw. ein Bankenkursverfahren einzuleiten, wenn die begründete Besorgnis besteht, dass die Emittentin überschuldet ist, ernsthafte Liquiditätsprobleme hat oder nach Ablauf einer Frist die Eigenmittelanforderungen nicht mehr erfüllt. Schutzmassnahmen können bereits angeordnet werden, bevor ein Bedingter Forderungsverzicht unter der Anleihe eingetreten ist. Solche Schutzmassnahmen können umfassen (a) die Erteilung von Weisungen an die Organe der Emittentin, (b) die Ernennung eines Untersuchungsbeauftragten, (c) die Enthebung der Organe der Emittentin von ihrer Befugnis, die Emittentin rechtlich zu vertreten oder ihres Amtes, (d) die Abberufung der aufsichtsrechtlichen oder gesellschaftsrechtlichen Prüfgesellschaft, (e) die Beschränkung der Geschäftstätigkeit der Emittentin, (f) das Verbot, Zahlungen zu leisten oder anzunehmen oder Effektttransaktionen zu tätigen, (g) die Schliessung der Emittentin oder (h) die Anordnung einer Stundung oder eines Fälligkeitsschubs mit Ausnahme von pfandgedeckten Forderungen von Pfandbriefzentralen. Die Emittentin wird nur begrenzt die Möglichkeit haben, solche Schutzmassnahmen abzuwehren oder anzufechten. Darüber hinaus hätten die Inhaber der Obligationen nach schweizerischem Recht und vor schweizerischen Gerichten kein Recht, solche Schutzmassnahmen abzulehnen, deren Aussetzung zu beantragen oder deren Anordnung anzufechten. Zu den Abwicklungsbefugnissen, welche die FINMA während eines Sanierungsverfahrens gegenüber der Emittentin ausüben kann, gehören die Befugnis, (a) die Vermögenswerte oder Teile davon zusammen mit Schulden und anderen Verbindlichkeiten oder Teilen davon und Verträgen auf eine andere Einheit zu übertragen, (b) die Kündigung und die Ausübung von Kündigungsrechten oder die Ausübung von Aufrechnungs-, Verwertungs- und Übertragungsrechten aufzuschieben (für maximal zwei Arbeitstage) und/oder (c) die teilweise oder vollständige Umwandlung der Verpflichtungen der Emittentin in Eigenkapital der Emittentin und/oder deren Abschreibung anzuordnen – auch in Bezug auf die Anleihe, falls diese nicht bereits gemäss ihren Bedingungen abgeschrieben wurde. Gläubiger, einschliesslich der Obligationäre, haben kein Recht, einen Sanierungsplan abzulehnen oder die Aussetzung eines solchen Planes zu beantragen, auf dessen Grundlage solche Abwicklungsbefugnisse gegenüber der Emittentin ausgeübt werden. Die Inhaber haben nur begrenzte Rechte, Entscheidungen zur Ausübung von Abwicklungsbefugnissen in Bezug auf die Emittentin anzufechten oder diese Entscheidung durch ein gerichtliches Verfahren oder anderweitig überprüfen zu lassen.

Terroristische Akte, Kriegs- und kriegsähnliche Handlungen, Naturkatastrophen, geopolitische, pandemische und ähnliche Ereignisse können sich negativ auf das Betriebsergebnis der Emittentin auswirken

Terroristische Handlungen, Kriegs- und kriegsähnliche Handlungen, Naturkatastrophen, geopolitische, pandemische und ähnliche Ereignisse sowie die Reaktionen darauf können zu wirtschaftlicher und politischer Verunsicherung führen, die sich nicht in jedem Fall in vorhersehbarer Art und Weise negativ auf die lokalen, nationalen und internationalen wirtschaftlichen Bedingungen sowie die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken können.

Der Reputation der Emittentin kommt in ihrer Geschäftstätigkeit eine Schlüsselrolle zu. Erleidet ihre Reputation Schaden, beeinträchtigt dies die Fähigkeit der Emittentin, Kunden zu binden und hinzuzugewinnen, was sich negativ auf ihr Betriebsergebnis auswirken kann

Negative Berichterstattungen und spekulative Medienberichte über die Emittentin oder ihre Geschäftstätigkeit sowie drohende und eingeleitete juristische Verfahren betreffend die Geschäftstätigkeit der Emittentin oder Aussagen oder Handlungen von Kunden können die Reputation der Emittentin beeinträchtigen und zu einer verstärkten regulatorischen Beaufsichtigung führen. All dies kann zu einer veränderten Wahrnehmung der Emittentin im Markt führen, was wiederum Abgänge von bestehenden Kunden sowie Schwierigkeiten bei der Akquisition neuer Kunden zur Folge haben kann. All diese Entwicklungen können sich negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Die Abhängigkeit von wichtigen Führungskräften und weiteren Schlüsselmitarbeitern kann sich negativ auf die Emittentin und ihr Betriebsergebnis auswirken

Der Erfolg der Emittentin hängt zu einem grossen Teil von den Fähigkeiten und der Erfahrung ihrer Führungskräfte sowie weiteren Schlüsselmitarbeitern ab. Der Verlust gewisser Schlüsselmitarbeiter, insbesondere zu Gunsten von Konkurrenten, kann sich negativ auf die Emittentin und ihr Betriebsergebnis auswirken. Gelingt es der Emittentin nicht, eine genügende Anzahl qualifizierter Mitarbeiter zu beschäftigen, kann dies zu wesentlichen Beeinträchtigungen der Einhaltung der Finanzplanung, des Wachstums und anderer Ziele der Emittentin führen und sich negativ auf die Geschäftstätigkeit, den Betrieb, das operative Ergebnis, die finanzielle Situation und/oder die Zukunftsaussichten der Emittentin auswirken.

Risiken im Zusammenhang mit den Obligationen

Die Anleihe ist möglicherweise nicht für alle Investoren eine geeignete Anlage

Jeder potenzielle Investor der Anleihe muss selber für sich bestimmen, ob eine Investition in die Anleihe für ihn aufgrund seiner eigenen Anlagestrategie und aufgrund seiner persönlichen und finanziellen Umstände geeignet ist. Insbesondere sollte jeder potenzielle Investor:

- (a) genügend Wissen und Erfahrung mitbringen, um eine angemessene Bewertung der Anleihe, der sich aus einer Investition in die Anleihe ergebenden Chancen und Risiken, einschliesslich in Bezug auf einen Bedingten Forderungsverzicht, und der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen vornehmen zu können;
- (b) Zugang zu und Kenntnis über angemessene Analysetools haben, um, vor dem Hintergrund seiner eigenen finanziellen Situation, eine Investition in die Anleihe und die Auswirkungen auf sein ganzes Portfolio analysieren zu können;
- (c) über genügend finanzielle Ressourcen und Liquidität verfügen, um die Risiken, welche mit einer Investition in die Anleihe verbunden sind, tragen zu können, insbesondere auch in Situationen, in denen die Währung des Investors nicht die gleiche ist, wie die Währung der Anleihe und der Zinszahlungen;
- (d) die Anleihebedingungen, insbesondere betreffend einen PONV und die Voraussetzungen für einen Bedingten Forderungsverzicht, vollständig verstanden haben und mit den Vorgängen auf allen relevanten Finanzmärkten vertraut sein; und
- (e) fähig sein (selbst oder mit Unterstützung von Beratern), mögliche wirtschaftliche Szenarien, Zinsbewegungen und andere relevante Faktoren, welche seine Investition in die Anleihe und seine Tragfähigkeit der damit verbundenen Risiken beeinflussen können, zu evaluieren.

Die Obligationen sind Verlust tragende Instrumente – bei Eintritt eines PONV (point of non-viability) erlöschen die Ansprüche der Obligationäre ganz (Bedingter Forderungsverzicht)

In den Anleihebedingungen stimmen die Obligationäre unwiderruflich einem sogenannten Bedingten Forderungsverzicht zu. Dieser vollständige Forderungsverzicht tritt bei Vorliegen gewisser Bedingungen ein, nämlich wenn die Aufsichtsbehörde den Eintritt eines PONV (*point of non-viability*) erklärt.

Im Falle des Eintritts der Bedingung für einen Forderungsverzicht verlieren die Obligationäre ihre ganze Investition, da die Rückzahlungsansprüche unter der Anleihe erlöschen. Zudem erlöschen Ansprüche auf aufgelaufene, noch unbezahlte Zinsen sowie auf noch nicht fällige Zinsen.

Die Umstände, unter denen die Bedingungen für einen Bedingten Forderungsverzicht können nur schwer vorausgesagt werden

Das Eintreten eines PONV ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, welche alle auch ausserhalb des Einflussbereiches der Emittentin liegen können.

Das Eintreten eines PONV ist unter anderem von einer subjektiven Einschätzung der Aufsichtsbehörde über die finanzielle und sonstige Situation der Emittentin abhängig. Entsprechend kann die Aufsichtsbehörde einen Bedingten Forderungsverzicht auslösen, dessen Eintreten nicht von der Emittentin kontrolliert wird.

Aufgrund der Unsicherheit hinsichtlich der Bestimmung des Eintretens eines PONV sowie der Frage, ob die relevanten Faktoren sich materialisieren werden, kann nur schwer vorausgesagt werden, ob und wann ein Bedingter Forderungsverzicht eintritt. Entsprechend ist zu erwarten, dass das Marktverhalten der Marktteilnehmer in Bezug auf die Anleihe nicht notwendigerweise dem Marktverhalten der Marktteilnehmer in Bezug auf andere nachrangige Anleihen entsprechen wird. Es ist zu erwarten, dass jedes Anzeichen, wonach die Emittentin auf einen PONV zusteuert, einen stark negativen Einfluss auf den Marktpreis und die Handelbarkeit der Obligationen haben wird.

Die Forderungen gegenüber der Emittentin unter der Anleihe sind nachrangige Forderungen

Die Forderungen gegenüber der Emittentin unter der Anleihe sind direkte, unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen der Emittentin. Falls eine Anordnung oder ein gültiger Beschluss zur Liquidation oder der Auflösung der Emittentin erlassen oder gefasst wird oder ein Sanierungsverfahren über die Emittentin eröffnet wird, rangieren die Forderungen der Obligationäre gegen die Emittentin (a) nachrangig (1) zu allen nicht-nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin und (2) zu anderen nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin, mit Ausnahme von Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten, (b) *pari passu* untereinander sowie mit den Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten und (c) vorrangig zu Forderungen gegenüber der Emittentin, welche nach ihren Bedingungen tiefer subordiniert sind als die Forderungen unter dieser Anleihe, wie z. B. Forderungen von Gläubigern unter Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (Additional Tier 1), und vorrangig zu Eigenkapital und gleichartigen Instrumenten der Emittentin.

Im Fall einer Liquidation der Emittentin erhalten Obligationäre dieser Anleihe voraussichtlich einen tieferen Erlös als die Gläubiger anderer, höherrangiger Forderungen und die Obligationäre können auch ihre ganze Investition in die Anleihe verlieren. Zudem erlöschen die Forderungen der Obligationäre unter der Anleihe vollumfänglich, wenn die Bedingungen für einen bedingten Forderungsverzicht erfüllt sind.

Die Obligationäre verzichten auf die Staatsgarantie

Jeder Obligationär verzichtet auf allfällige Ansprüche, welche unter der Staatsgarantie des Kantons Luzern allfällig bestehen könnten. Die Obligationen sind somit weder durch die Staatsgarantie des Kantons Luzern, noch durch irgendeine andere Garantie gedeckt. Obligationäre können ihre ganze Investition in die Obligationen verlieren.

Die Anleihe kann von der Emittentin an bestimmten Daten sowie bei Eintritt bestimmter regulatorischer oder steuerlicher Änderungen vorzeitig zurückgezahlt werden

Die Emittentin kann die Obligationen unter gewissen Voraussetzungen per Vorzeitigen Kündigungstermin oder bei Eintreten einer Steuerlichen Änderung oder einer Regulatorische Änderung vorzeitig jeweils zum Nennwert zuzüglich der bis zum (und einschliesslich) für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufenen und unbezahlten Zinsen zurückzahlen. Eine vorzeitige Rückzahlung per Vorzeitigem Kündigungstermin oder bei Eintreten einer Steuerlichen Änderung setzt die Zustimmung der Aufsichtsbehörde voraus. Die Aufsichtsbehörde erteilt die Zustimmung nur, wenn (i) die verbleibenden Eigenmittel den Anforderungen der Nationalen Regularien weiter genügen, oder (ii) ersatzweise genügend mindestens gleichwertige Eigenmittel ausgegeben werden.

Eine Steuerliche Änderung liegt vor, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass (a) eine Zinszahlung unter dieser Anleihe von einer zuständigen Steuerbehörde nicht mehr als steuerlicher Aufwand der Emittentin akzeptiert wird oder werden wird und die Emittentin in der Folge mehr als geringfügige Steuern zusätzlich tragen muss oder müsste, oder (b) die Emittentin als Schuldnerin verpflichtet wird, irgendwelche Steuerabzüge auf Zahlungen unter dieser Anleihe vorzunehmen oder einzubehalten, und dies in jedem der Fälle (a) oder (b) von der Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung nicht ohne wesentliche negative Auswirkungen oder Kosten durch zumutbare Massnahmen vermieden werden kann.

Eine Regulatorische Änderung liegt vor, falls die Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung (a) diese Anleihe nicht oder nicht mehr vollständig als Ergänzungskapital (Tier 2) gemäss Nationalen Regularien anrechnen darf oder (b)

in sonstiger Weise im Hinblick auf diese Anleihe einer tieferwertigen regulatorischen Eigenmittelbehandlung unterliegt als beim Ausgabedatum (jedoch in beiden Fällen (a) oder (b) aus anderen Gründen als einer Amortisierung in den letzten fünf Jahren vor der Endfälligkeit gemäss Art. 30 Abs. 2 der Eigenmittelverordnung).

Die Obligationäre tragen das Risiko, dass nach einer Rückzahlung der Obligationen die so erhaltenen Erlöse nicht mehr in vergleichbare Anlagen mit einer vergleichbaren Rendite (*yield*) investiert werden können.

Die Anleihe weist limitierte Kündigungsrechte auf

Die Möglichkeit einer vorzeitigen Fälligestellung der Anleihe durch die Obligationäre ist limitiert auf die Fälle der Zahlungsunfähigkeit, des Konkurses sowie der Eröffnung eines Sanierungsverfahrens über die Emittentin.

Handeln durch den Kanton Luzern

Der Kanton Luzern hat als Gemeinwesen im Rahmen seiner Verfassung die öffentlichen Interessen zu wahren. Er ist Mehrheitsaktionär der Emittentin und haftet für deren Verbindlichkeiten im Umfang einer spezialgesetzlichen Staatsgarantie (wobei die Obligationen jedoch nicht von der Staatsgarantie gedeckt sind).

Es ist nicht vorgegeben, ob und unter welchen Voraussetzungen der Kanton Luzern Anlageentscheide betreffend die Emittentin trifft, ob er sich dabei im Interesse der Bank finanziell engagiert, ob dieser Mitteleinsatz als Unterstützung durch den Kanton verstanden wird, und – wenn ja – welche Form eine solche Unterstützung annehmen würde. Es kann keine verbindliche Aussage darüber gemacht werden, wie die Aufsichtsbehörde gegebenenfalls das konkrete Vorgehen des Kantons beurteilen und wann sie es als «Ausserordentliche Unterstützung» qualifizieren würde.

Eine Ausserordentliche Unterstützung durch den Kanton Luzern ist eine der möglichen Voraussetzungen für den Eintritt eines PONV und kann damit direkt ursächlich für den Forderungsverzicht unter der Anleihe sein. Keine Ausserordentliche Unterstützung liegt gemäss den Anleihensbedingungen vor bei einer Unterstützung, welche (i) im normalen Geschäftsverlauf erfolgt, oder (ii) die Folge von üblichen Transaktionen und Vereinbarungen ist. Andererseits könnte ein massgeblicher Einsatz von Mitteln des Kantons mit dem Ziel einer Sanierung zur Abwendung einer drohenden Insolvenz der Bank als Ausserordentliche Unterstützung betrachtet werden. Die Aufsichtsbehörde hat bei der Qualifikation einer Unterstützung einen gewissen Ermessensspielraum, und die Qualifikation kann auch zum Nachteil der Obligationäre ausfallen.

Eine Anlage in die Obligationen ist mit Zinsänderungsrisiken verbunden

Die Anleihe wird zu einem fixen Zinssatz verzinst, sofern keine Rückzahlung der Obligationen oder Bedingter Forderungsverzicht betreffend die Obligationen erfolgt ist. Ein Obligationär ist damit dem Risiko ausgesetzt, dass aufgrund von Zinsschwankungen an den Kapitalmärkten die Obligationen an Wert verlieren.

Unter bestimmten Voraussetzungen können die Obligationäre an Änderungen der Anleihensbedingungen gebunden sein, denen sie nicht zugestimmt haben

Die Anleihe unterliegt den gesetzlichen Bestimmungen des schweizerischen Rechts, die die Möglichkeit der Einberufung von Gläubigerversammlungen vorsehen, um über Angelegenheiten, die die Interessen der Obligationäre betreffen, Beschlüsse fassen zu können. Diese gesetzlichen Bestimmungen sehen vor, dass mit definierten Mehrheiten alle Obligationäre durch Beschlüsse der Gläubigerversammlung gebunden sind, einschliesslich solcher Obligationäre, die an der entsprechenden Gläubigerversammlung nicht teilgenommen, nicht abgestimmt oder entgegen der Mehrheit der Obligationäre abgestimmt haben. Gemäss den per Datum des Prospekts geltenden gesetzlichen Bestimmungen des schweizerischen Rechts (i) ist die Emittentin verpflichtet, die Einberufung der Gläubigerversammlung mindestens zehn Tage vorher öffentlich bekannt zu machen, (ii) ist die Emittentin verpflichtet, innerhalb von zwanzig Tagen eine Gläubigerversammlung einzuberufen, wenn sie von Obligationären, denen zusammen mindestens ein Zwanzigstel des im Umlauf befindlichen Kapitals zusteht, dazu aufgefordert wird, und (iii) sind nur Obligationäre oder ihre Vertreter berechtigt, an einer Gläubigerversammlung teilzunehmen oder abzustimmen.

Darüber hinaus hängen die zur Änderung der Anleihensbedingungen erforderlichen Voraussetzungen gemäss den geltenden gesetzlichen Bestimmungen des schweizerischen Rechts von der Art der vorgenommenen Änderung ab. Gemäss Artikel 1170 des Schweizerischen Obligationenrechts ist für jeden Beschluss, der die Rechte der Obligationäre einschränkt (wie zum Beispiel die Stundung von Zinsen und Kapital oder bestimmte Änderungen der Zinsbedingungen), die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln des im Umlauf befindlichen Kapitals erforderlich. Um für die nicht zustimmenden Obligationäre wirksam und verbindlich zu werden, muss ein solcher Beschluss zudem

von der oberen kantonalen Nachlassbehörde genehmigt werden. Bei Beschlüssen, die die Rechte der Obligationäre nicht einschränken, genügt nach Artikel 1181 des Schweizerischen Obligationenrechts die absolute Mehrheit der an einer Gläubigerversammlung vertretenen Stimmen, es sei denn, Artikel 1170 des Schweizerischen Obligationenrechts oder die Anleihsbedingungen sehen strengere Anforderungen vor.

Ein aktiver Handelsmarkt für die Obligationen wird sich möglicherweise nicht entwickeln

Bei den Obligationen handelt es sich um neue Wertschriften, die möglicherweise nicht breit gestreut werden, und für die es derzeit keinen etablierten Handel gibt. Ein aktiver Handelsmarkt für die Obligationen wird sich möglicherweise nie entwickeln, oder wenn sich ein solcher entwickelt, kann er möglicherweise nicht aufrechterhalten werden oder nicht liquide sein. Entsprechend ist es möglich, dass die Obligationäre nicht in der Lage sein werden, ihre Obligationen ohne Weiteres zu verkaufen oder dabei Verkaufserlöse zu erzielen, die ihnen eine angemessene Rendite einbringen, die mit vergleichbaren Anlagen mit einem etablierten Sekundärmarkt erzielt werden könnte.

Obwohl Kotierung der Anleihe und deren Zulassung zum Handel an der SIX Swiss Exchange beantragt wird, kann nicht garantiert werden, dass ein solches Gesuch angenommen oder sich ein aktiver Handelsmarkt für die Obligationen entwickeln wird. Dementsprechend kann keine Zusicherung für die Entwicklung oder Liquidität eines Handelsmarktes für die Obligationen gegeben werden. Die Illiquidität kann den Marktwert der Obligationen erheblich negativ beeinflussen.

Der Marktwert der Obligationen kann durch unvorhersehbare Faktoren beeinflusst werden

Viele Faktoren, von denen die meisten ausserhalb der Kontrolle der Emittentin liegen, beeinflussen den Wert der Obligationen und den Preis, zu dem die Effekthändler bereit sein könnten, die Obligationen auf dem Sekundärmarkt zu kaufen oder zu verkaufen, einschliesslich:

- (i) Kreditwürdigkeit der Emittentin und insbesondere ihre Ertrags- und Finanzlage sowie ihr Liquiditätsprofil;
- (ii) Angebot und Nachfrage nach den Obligationen, einschliesslich der Bestände bei den Effekthändlern; und
- (iii) wirtschaftliche, finanzielle, politische oder regulatorische Ereignisse oder gerichtliche Entscheidungen, die sich auf die Emittentin oder die Finanzmärkte im Allgemeinen auswirken.

Wenn ein Obligationär seine Obligationen auf dem Sekundärmarkt verkauft, besteht daher das Risiko, dass er nicht in der Lage sein wird, einen Preis zu erzielen, der dem Nominalbetrag der Obligationen oder dem Preis entspricht, den er für die Obligationen bezahlt hat.

Eine Herabstufung, ein Widerruf oder eine Aussetzung des Ratings, welches eine Ratingagentur der Anleihe vergeben hat, könnte dazu führen, dass die Liquidität oder der Marktwert der Obligationen sinkt

Jedes ursprünglich der Anleihe vergebene Rating kann von einer Ratingagentur herabgesetzt, ausgesetzt oder zurückgezogen werden, wenn nach der Beurteilung dieser Ratingagentur Umstände im Zusammenhang mit der Grundlage des Ratings, wie beispielsweise nachteilige Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, dies rechtfertigen. Jede Herabsetzung, Aussetzung oder der Entzug eines Ratings durch eine Ratingagentur könnte die Liquidität oder den Marktwert der Obligationen verringern. Ein Rating stellt keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertschriften dar.

Das Rating der Anleihe spiegelt möglicherweise nicht alle Risiken einer Investition in die Obligationen wider

Das Rating der Anleihe reflektiert möglicherweise nicht die potenziellen Auswirkungen sämtlicher Risiken, die den Marktwert der Obligationen beeinflussen können. Tatsächliche oder erwartete Änderungen des Ratings der Anleihe wirken sich in der Regel auf die Marktwerte der Obligationen aus oder können zu einer Herabstufung des Rating der Anleihe führen. Ein Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertschriften und kann von der Ratingagentur jederzeit geändert oder zurückgezogen werden.

ANLEIHENSBEDINGUNGEN

1. Nennwert und Stückelung, Aufstockung, Form, Verwahrung und Übertragung der Obligationen

- (a) Die Anleihe wird in einem Gesamtnennwert von CHF 400'000'000 ausgegeben und ist eingeteilt in 80'000 Obligationen mit einem Nennwert von je CHF 5'000 (je eine **Obligation** und zusammen die **Obligationen**).
- (b) Die Emittentin behält sich das Recht vor, den Betrag dieser Anleihe jederzeit durch Ausgabe weiterer, mit dieser Emission fungibler Obligationen ohne Zustimmung der Gläubiger der Obligationen (die **Obligationäre**) aufzustoeken.
- (c) Die Obligationen werden in unverbriefter Form als Wertrechte gemäss Artikel 973c des Schweizerischen Obligationenrechts ausgegeben. Die Wertrechte entstehen, indem die Emittentin die Obligationen in ein von ihr geführtes Wertrechtbuch einträgt. Die Wertrechte werden anschliessend ins Hauptregister der SIX SIS AG oder einer anderen in der Schweiz von der SIX Swiss Exchange AG anerkannten Verwahrungsstelle (die **Verwahrungsstelle**) eingetragen. Mit dem Eintrag im Hauptregister der Verwahrungsstelle und der Gutschrift im Effektenkonto eines Teilnehmers der Verwahrungsstelle werden die Obligationen zu Bucheffekten gemäss den Bestimmungen des Bucheffektengesetzes (**Bucheffekten**).
- (d) Solange die Obligationen Bucheffekten darstellen, wird über diese durch Gutschrift der zu übertragenden Obligationen in einem Effektenkonto des Empfängers verfügt.
- (e) Die Umwandlung der Wertrechte in eine Globalurkunde oder in Einzelurkunden ist ausgeschlossen. Weder die Emittentin noch die Obligationäre haben das Recht, die Umwandlung der Wertrechte in Wertpapiere oder eine Globalurkunde, bzw. die Auslieferung von Wertpapieren oder einer Globalurkunde zu verlangen oder zu veranlassen.
- (f) Die Unterlagen der Verwahrungsstelle bestimmen die Anzahl Obligationen, welche durch jeden Teilnehmer der Verwahrungsstelle gehalten wird. In Bezug auf Obligationen, die Bucheffekten darstellen, gelten diejenigen Personen als Obligationäre, die die Obligationen in einem auf ihren Namen lautenden Effektenkonto halten, bzw. im Falle von Verwahrungsstellen, die die Obligationen in einem auf ihren Namen lautenden Effektenkonto auf eigene Rechnung halten.

2. Zins

Die Obligationen werden vom (ausschliesslich) 14. Mai 2021 (das **Ausgabedatum**) bis zum (einschliesslich) 14. Mai 2031 (das **Fälligkeitsdatum**) zu einem Zinssatz von 0.875 % p.a. verzinst. Die Zinszahlungen erfolgen jeweils jährlich im Nachhinein am 14. Mai eines jeden Jahres, erstmals am 14. Mai 2022 (je ein **Zinszahlungstag**).

3. Rückzahlung und Rückkäufe

3.1. Rückzahlung am Fälligkeitsdatum

Vorbehältlich einer vorzeitigen Rückzahlung gemäss Bedingung 3.2 (*Vorzeitige Rückzahlung*) oder eines bedingten Forderungsverzichts gemäss Bedingung 8 (*Forderungsverzicht bei Eintritt eines PONV*) werden die Obligationen am Fälligkeitsdatum zum Nennwert zurückgezahlt.

3.2. Vorzeitige Rückzahlung

Die Emittentin hat das Recht (aber nicht die Pflicht), sämtliche Obligationen (aber nicht lediglich einzelne davon):

- (a) am 14. Mai 2029;
- (b) im Falle einer Steuerlichen Änderung; oder
- (c) im Falle einer Regulatorischen Änderung,

jeweils zum Nennwert zuzüglich der bis zum (und einschliesslich) für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufenen und unbezahlten Zinsen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung gemäss Abschnitt (a) und (b) oben bedürfen (falls dazumal erforderlich) der vorgängigen Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

Die Emittentin hat eine vorzeitige Rückzahlung den Obligationären mindestens 30 Kalendertage im Voraus gemäss Bedingung 11 (*Mitteilungen*) mitzuteilen. Die betreffende Mitteilung hat das Rückzahlungsdatum anzugeben und ist unwiderruflich.

Eine **Steuerliche Änderung** liegt vor, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass (a) eine Zinszahlung unter dieser Anleihe von einer zuständigen Steuerbehörde nicht mehr als steuerlicher Aufwand der Emittentin akzeptiert wird oder werden wird und die Emittentin in der Folge mehr als geringfügige Steuern zusätzlich tragen muss oder müsste, oder (b) die Emittentin als Schuldnerin verpflichtet wird, irgendwelche Steuerabzüge auf Zahlungen unter dieser Anleihe vorzunehmen oder einzubehalten, und dies in jedem der Fälle (a) oder (b) von der Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung nicht ohne wesentliche negative Auswirkungen oder Kosten durch zumutbare Massnahmen vermieden werden kann.

Eine **Regulatorische Änderung** liegt vor, falls die Emittentin nach ihrer eigenen Einschätzung (a) diese Anleihe nicht oder nicht mehr vollständig als Ergänzungskapital (Tier 2) gemäss Nationalen Regularien anrechnen darf oder (b) in sonstiger Weise im Hinblick auf diese Anleihe einer tieferwertigen regulatorischen Eigenmittelbehandlung unterliegt als beim Ausgabedatum (jedoch in beiden Fällen (a) oder (b) aus anderen Gründen als einer Amortisierung in den letzten fünf Jahren vor der Endfälligkeit gemäss Art. 30 Abs. 2 der Eigenmittelverordnung).

3.3. Käufe durch die Emittentin

Die Emittentin kann mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde jederzeit börslich oder ausserbörslich und zu jedem Preis Obligationen kaufen und diese nach ihrer Wahl halten, weiterveräussern oder vernichten. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich für Käufe:

- (a) im Zusammenhang mit Aufträgen und auf Rechnung von Kunden der Emittentin;
- (b) zur Erfüllung von Verpflichtungen unter Mitarbeiterbeteiligungsplänen oder anderer Programme mit vergleichbarem Zweck; oder
- (c) mit allfälligen Market-Making-Aktivitäten in den Obligationen.

4. Zahlungen

- (a) Alle Zahlungen unter den Obligationen werden am Fälligkeitsdatum durch die Emittentin über die Verwahrungsstelle an die Obligationäre überwiesen. Fällt das Fälligkeitsdatum einer Zahlung der Emittentin nicht auf einen Bankarbeitstag, so ist die Emittentin verpflichtet, die relevante Zahlung an dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Bankarbeitstag zu leisten; die Obligationäre haben deswegen keinen Anspruch auf eine Zusatzzahlung.
- (b) Die Emittentin kann eine schweizerische Bank als Hauptzahlstelle mit der Durchführung der Zahlungen unter den Obligationen beauftragen. Die Beauftragung einer Hauptzahlstelle sowie die Ersetzung oder Kündigung der Hauptzahlstelle ist den Obligationären gemäss Bedingung 11 (*Mitteilungen*) mitzuteilen. Solange eine Hauptzahlstelle eingesetzt ist, gelten Zahlungsverpflichtungen der Emittentin unter den Obligationen mit der Zahlung an die Hauptzahlstelle zugunsten der Obligationäre als erfüllt und befreien die Emittentin von dieser Zahlungsverpflichtung.

5. Verjährung

Gemäss per Ausgabedatum geltendem Schweizer Recht verjähren Zinsansprüche fünf Jahre und Forderungen auf Rückzahlung zehn Jahre nach den entsprechenden Fälligkeitsterminen.

6. Steuern

Alle Zahlungen unter dieser Anleihe erfolgen unter Abzug aller anwendbaren Steuern und Abzüge. Im Emissionszeitpunkt sind Zinszahlungen unter dieser Anleihe von der schweizerischen Verrechnungssteuer befreit.

7. Status, Nachrangigkeit und Verzicht auf Staatsgarantie

7.1. Status

Die Obligationen begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen der Emittentin, welche untereinander *pari passu* rangieren.

7.2. Nachrangigkeit

Falls eine Anordnung oder ein gültiger Beschluss zur Liquidation oder der Auflösung der Emittentin erlassen oder gefasst wird oder ein Sanierungsverfahren über die Emittentin eröffnet wird, rangieren die Forderungen der Obligationäre gegen die Emittentin unter den Obligationen wie folgt:

- (a) nachrangig (1) zu allen nicht-nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin und (2) zu anderen nachrangigen Forderungen gegenüber der Emittentin, mit Ausnahme von Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten;
- (b) *pari passu* untereinander sowie mit den Forderungen gegenüber der Emittentin unter Gleichrangigen Instrumenten; und
- (c) vorrangig zu Forderungen gegenüber der Emittentin, welche nach ihren Bedingungen tiefer subordiniert sind als die Forderungen unter dieser Anleihe, wie z. B. Forderungen von Gläubigern unter Additional Tier 1 Instrumenten, und vorrangig zu Eigenkapital und gleichartigen Instrumenten der Emittentin.

7.3. Verzicht auf Staatsgarantie

Jeder Obligationär verzichtet auf allfällige Ansprüche, welche unter der Staatsgarantie des Kantons Luzern allfällig bestehen könnten.

8. Forderungsverzicht bei Eintritt eines PONV

Wenn die Aufsichtsbehörde den Eintritt eines PONV erklärt, erlöschen sämtliche bereits fällig gewordenen, aber noch nicht erfüllten sowie sämtliche noch nicht fällig gewordenen Zahlungsansprüche der Obligationäre unter dieser Anleihe (**Bedingter Forderungsverzicht**). Weder der Eintritt eines PONV noch der resultierende Forderungsverzicht stellen einen Verzugsfall (*event of default*) unter diesen Anleihebedingungen oder für irgendwelche andere Zwecke dar.

Die Emittentin teilt den Obligationären einen Forderungsverzicht bei Eintritt eines PONV gemäss Bedingung 11 (*Mitteilungen*) mit.

PONV heisst «point of non-viability» und ein solcher tritt ein, wenn entweder (a) die Aufsichtsbehörde der Emittentin mitgeteilt hat, dass sie zum Ergebnis gekommen ist, dass der Forderungsverzicht unter dieser Anleihe (zusammen mit der Wandlung oder dem Forderungsverzicht von Gläubigern in Bezug auf andere Kapitalinstrumente der Emittentin, welche dannzumal, in Anwendung der relevanten vertraglichen Bestimmungen oder der relevanten Gesetzesbestimmungen, in Eigenkapital gewandelt oder abgeschrieben werden können) ein wesentlicher Schritt ist, um die Emittentin vor dem Konkurs, der Insolvenz, der Zahlungsunfähigkeit in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden oder der Einstellung ihres Geschäftsbetriebes zu bewahren, weil übliche Massnahmen zur Stützung des regulatorischen Kapitals der Emittentin nicht ausreichend oder nicht möglich sind; oder (b) übliche Massnahmen zur Stützung des regulatorischen Kapitals der Emittentin im relevanten Zeitpunkt nicht ausreichend oder nicht möglich erscheinen und die Emittentin eine unwiderrufliche Zusage auf Ausserordentliche Unterstützung direkt oder indirekt von der Schweizerischen Regierung oder der Schweizerischen Nationalbank oder vom Kanton Luzern erhalten hat.

Ausserordentliche Unterstützung bedeutet (a) in Bezug auf die Schweizerische Regierung und die Schweizerische Nationalbank, jede direkte oder indirekte Unterstützung (mit der Ausnahme von Unterstützung, welche (i) im normalen Geschäftsverlauf erfolgt oder (ii) die Folge von üblichen Transaktionen und Vereinbarungen ist), welche als Wirkung hat oder unmittelbar haben wird, dass das regulatorische Kapital der Emittentin verbessert wird und ohne welche nach Beurteilung der Aufsichtsbehörde die Emittentin insolvent oder in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden zahlungsunfähig geworden wäre oder über sie der Konkurs eröffnet worden wäre oder sie ihren Geschäftsbetrieb hätte einstellen müssen; und (b) in Bezug auf den Kanton Luzern, jede direkte oder

indirekte Unterstützung (mit der Ausnahme von Unterstützung, welche (i) im normalen Geschäftsverlauf erfolgt, (ii) die Folge von üblichen Transaktionen und Vereinbarungen ist oder (iii) geleistet wird, um direkt oder indirekt strategische oder politische Zwecke oder Ziele zu verfolgen), welche (1) als Wirkung hat oder unmittelbar haben wird, dass das regulatorische Kapital der Emittentin verbessert wird und ohne welche nach Beurteilung der Aufsichtsbehörde die Emittentin insolvent oder in Bezug auf einen substantiellen Teil ihrer fälligen Schulden zahlungsunfähig geworden wäre oder über sie der Konkurs eröffnet worden wäre oder sie ihren Geschäftsbetrieb hätte einstellen müssen und (2) von der Aufsichtsbehörde schriftlich als «ausserordentliche Unterstützung» beurteilt wird.

9. Keine Verrechnung

Kein Obligationär kann irgendwelche Ansprüche, die er unter den Obligationen hat, mit Ansprüchen, welche die Emittentin gegen den Obligationär hat, verrechnen. Die Emittentin kann keine Ansprüche, die sie gegen Obligationäre hat, mit ihren Verpflichtungen unter dieser Anleihe verrechnen.

10. Verzug

Die Zahlungsunfähigkeit der Emittentin, der Konkurs der Emittentin sowie die Eröffnung eines Sanierungsverfahrens über die Emittentin stellen je einen Verzugsfall dar.

Im Falle des Eintritts eines Verzugsfalles hat jeder Obligationär, vorbehaltlich des Eintritts eines Bedingten Forderungsverzichts gemäss Bedingung 8 (*Forderungsverzicht bei Eintritt eines PONV*), nach freiem Ermessen die Möglichkeit, seine Obligationen vorzeitig fällig zu stellen. Die von der vorzeitigen Fälligkeit erfassten Obligationen werden mit der entsprechenden Mitteilung an die Emittentin zum Nennwert zuzüglich der bis zum (und einschliesslich) Tag der Mitteilung aufgelaufenen und unbezahlten Zinsen zur Rückzahlung fällig.

11. Mitteilungen

Solange diese Anleihe an der SIX Swiss Exchange kotiert ist, publiziert die Emittentin alle diese Anleihe betreffenden Mitteilungen entweder (a) durch elektronische Publikation auf der Website der SIX Swiss Exchange (www.six-swiss-exchange.com), wo Mitteilungen zurzeit auf der Seite www.six-group.com/de/products-services/the-swiss-stock-exchange/market-data/news-tools/official-notice.html publiziert werden, oder (b) anderweitig in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden Regularien der SIX Swiss Exchange.

Falls diese Anleihe nicht mehr an der SIX Swiss Exchange kotiert ist, publiziert die Emittentin alle diese Anleihe betreffenden Mitteilungen auf ihrer Website unter www.lukb.ch/.

12. Kotierung

Die Emittentin wird die Kotierung dieser Anleihe an der SIX Swiss Exchange beantragen. Die Emittentin ist bestrebt, die Kotierung der Obligationen an der SIX Swiss Exchange während der ganzen Laufzeit aufrechtzuerhalten.

13. Änderungen

Die Emittentin kann einseitig jegliche Anpassungen der Anleihebedingungen vornehmen, vorausgesetzt, dass (a) diese Änderungen rein formaler, geringfügiger oder technischer Art sind und die Interessen der Obligationäre nicht in wesentlichem Masse beeinträchtigt werden oder (b) diese Änderungen gemacht werden, um einen offenkundigen Fehler zu korrigieren.

Die Emittentin muss eine gemachte Änderung gemäss Bedingung 13 (*Änderungen*) den Obligationären gemäss Bedingung 11 (*Mitteilungen*) mitteilen. Eine solche Änderung der Anleihebedingungen ist für alle Obligationäre bindend.

14. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Diese Anleihebedingungen sowie die darunter ausgegebenen Obligationen unterstehen materiellem schweizerischem Recht.

Für die Entscheidung aller Streitigkeiten unter und im Zusammenhang mit den Anleihebedingungen und den Obligationen sind die ordentlichen Gerichte des Kantons Luzern zuständig; Gerichtsstand ist Luzern.

15. Teilweise Ungültigkeit

Sollte in irgendeinem Zeitpunkt eine oder mehrere Bestimmungen dieser Anleihebedingungen aus irgendeinem Grund nichtig oder unwirksam sein oder werden, so werden die übrigen Bestimmungen dieser Anleihebedingungen und deren Gültigkeit, Rechtmässigkeit und Vollstreckbarkeit hiervon nicht berührt.

16. Definitionen

Additional Tier 1 Instrument bedeutet eine Anleihe der Emittentin, die gemäss den Nationalen Regularien als zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1) angerechnet werden kann.

Aufsichtsbehörde bedeutet die für die Überwachung, Anwendung und Durchsetzung der auf die Emittentin anwendbaren Eigenmittelvorschriften zuständige Schweizer Aufsichtsbehörde (zum Zeitpunkt der Ausgabe dieser Anleihe die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA).

Ausgabedatum hat die in Bedingung 2 (*Zins*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Ausserordentliche Unterstützung hat die in Bedingung 8 (*Forderungsverzicht bei Eintritt eines PONV*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Bankarbeitstag bedeutet ein Tag (ausser Samstag und Sonntag), an welchem die Schalter von Geschäftsbanken in Luzern ganztags geöffnet sind und grundsätzlich Zahlungen und Devisenoperationen ausgeführt werden.

Bedingter Forderungsverzicht hat die in Bedingung 8 (*Forderungsverzicht bei Eintritt eines PONV*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Bucheffekten hat die in Bedingung 1 (*Nennwert und Stückelung, Aufstockung, Form, Verwahrung und Übertragung der Obligationen*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

CHF bedeutet Schweizer Franken, die gesetzliche Währung der Schweiz.

Eigenmittelverordnung bedeutet die Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung für Banken und Wertpapierhäuser vom 1. Juni 2012.

Emittentin bedeutet Luzerner Kantonalbank AG, Pilatusstrasse 12, CH-6003 Luzern.

Fälligkeitsdatum hat die in Bedingung 2 (*Zins*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Gleichrangige Instrumente bedeutet (i) Tier 2 Instrumente und (ii) sämtliche anderen Verpflichtungen der Emittentin, welche gemäss deren Bedingungen oder anderweitig *pari passu* mit den Obligationen rangieren.

Nationale Regularien bedeutet (a) die jeweils geltenden schweizerischen Banken- und Eigenmittelvorschriften und (b) die jeweils durch den Bundesrat oder die Aufsichtsbehörde erlassenen Eigenmittelvorschriften einschliesslich deren Auslegung durch die Aufsichtsbehörde oder irgendeine andere zuständige schweizerische Behörde, welche auf die Emittentin direkt anwendbar sind.

Nennwert bedeutet den ursprünglichen Nennwert von CHF 5'000 pro Obligation.

Obligation oder **Obligationen** hat die in Bedingung 1 (*Nennwert und Stückelung, Aufstockung, Form, Verwahrung und Übertragung der Obligationen*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Obligationär hat die in Bedingung 1 (*Nennwert und Stückelung, Aufstockung, Form, Verwahrung und Übertragung der Obligationen*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

PONV hat die in Bedingung 8 (*Forderungsverzicht bei Eintritt eines PONV*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Regulatorische Änderung hat die in Bedingung 3.2 (*Vorzeitige Rückzahlung*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Rückzahlungsdatum bedeutet das Datum, an welchem diese Anleihe gemäss Bedingung 3 (*Rückzahlung und Rückkäufe*) zurückbezahlt wird.

Steuerliche Änderung hat die in Bedingung 3.2 (*Vorzeitige Rückzahlung*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Tier 2 Instrument bedeutet eine Anleihe der Emittentin, die gemäss den Nationalen Regularien als Ergänzungskapital (Tier 2) angerechnet werden kann.

Verwahrungsstelle hat die in Bedingung 1 (*Nennwert und Stückelung, Aufstockung, Form, Verwahrung und Übertragung der Obligationen*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

Zinszahlungstag hat die in Bedingung 2 (*Zins*) diesem Begriff zugewiesene Bedeutung.

VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

United States and U.S. Persons

- (A) The Bonds have not been or will be registered under the Securities Act, and the Bonds may not be offered or sold within the United States or to or for the account or benefit of, U.S. persons except in accordance with Regulation S or pursuant to an exemption from, or in a transaction not subject to, the registration requirements of the Securities Act.

Each of the Joint-Lead Managers has represented, warranted and agreed that it has not offered or sold, and will not offer or sell, any Bonds constituting part of its allotment within the United States or to or for the account or benefit of, U.S. persons except in accordance with Rule 903 of Regulation S.

Each of the Joint-Lead Managers has represented, warranted and agreed that it has offered and sold the Bonds, and will offer and sell the Bonds (i) as part of its distribution at any time, and (ii) otherwise until the end of the Distribution Compliance Period, only in accordance with Rule 903 of Regulation S. Each Joint-Lead Manager has agreed that, at or prior to confirmation of sale of Bonds, it will have sent to each distributor, dealer or person receiving a selling concession, fee or other remuneration that purchases Bonds from it during the Distribution Compliance Period a confirmation or notice to substantially the following effect:

“The securities covered hereby have not been and will not be registered under the United States Securities Act of 1933, as amended (the **Securities Act**), and may not be offered and sold within the United States of America (the **United States**) or to or for the account or benefit of U.S. persons (i) as part of their distribution at any time, or (ii) otherwise until 40 days after the later of the commencement of the offering of the Bonds and the Issue Date, except in accordance with Regulation S (or Rule 144A if available) under the Securities Act. Terms used herein have the meanings given to them by Regulation S under the Securities Act.”

Distribution Compliance Period means the period expiring 40 calendar days after the later of the commencement of the offering of the Bonds and the Issue Date.

Each of the Joint-Lead Managers has represented, warranted and agreed that neither it, its affiliates nor any person acting on its or their behalf have engaged or will engage in any selling efforts directed to the United States with respect to the Bonds.

In addition, during Distribution Compliance Period, an offer or sale of Bonds within the United States by a broker/dealer (whether or not it is participating in the offering), may violate the registration requirements of the Securities Act.

Terms used in this clause (A) have the meanings given to them by Regulation S.

- (B) The Joint-Lead Managers have not entered and will not enter into any contractual arrangement with respect to the distribution or delivery of the Bonds, except with their affiliates or with the prior written consent of the Issuer.

Prohibition of Sales to EEA Retail Investors

Each Joint-Lead Manager has represented and agreed that it has not offered, sold or otherwise made available, and will not offer, sell or otherwise make available, any Bonds to any retail investor in the EEA. For the purposes of this provision:

- (a) the expression **retail investor** means a person who is one (or more) of the following:
- (i) a retail client as defined in point (11) of Article 4(1) of Directive 2014/65/EU (as amended, **MiFID II**);
 - (ii) a customer within the meaning of Directive (EU) 2016/97 (the Insurance Distribution Directive or **IDD**), where that customer would not qualify as a professional client as defined in point (10) of Article 4(1) of MiFID II; or
 - (iii) not a qualified investor as defined in Regulation (EU) 2017/1129 (the **Prospectus Regulation**), and

- (b) the expression **offer** includes the communication in any form and by any means of sufficient information on the terms of the offer and the Bonds to be offered so as to enable an investor to decide to purchase or subscribe for the Bonds.

Prohibition of Sales to UK Retail Investors

The Bonds are not intended to be offered, sold or otherwise made available and should not be offered, sold or otherwise made available to any retail investor in the UK. For these purposes, a retail investor means a person who is one (or more) of: (i) a retail client as defined in point (8) of Article 2 of Regulation (EU) No 2017/565 as it forms part of domestic law by virtue of the European Union (Withdrawal) Act 2018 (the **EUWA**), (ii) a customer within the meaning of the provisions of the United Kingdom Financial Services and Markets Act 2000, as amended (the **FSMA**), and any rules or regulations made under the FSMA to implement the IDD, where that customer would not qualify as a professional client as defined in point (8) of Article 2(1) of Regulation (EU) No 600/2014 as it forms part of domestic law by virtue of the EUWA, or (iii) not a qualified investor as defined in the Prospectus Regulation as it forms part of domestic law by virtue of the EUWA.

United Kingdom

Each Joint-Lead Manager has represented and agreed that:

- (a) it has only communicated or caused to be communicated and will only communicate or cause to be communicated an invitation or inducement to engage in investment activity (within the meaning of Section 21 of the FSMA) received by it in connection with the issue or sale of the Bonds in circumstances in which Section 21(1) of the FSMA does not apply to the Issuer;
- (b) it has complied and will comply with all applicable provisions of the FSMA with respect to anything done by it in relation to the Bonds in, from or otherwise involving the United Kingdom; and
- (c) In June 2015, the UK Financial Conduct Authority published the Product Intervention (Contingent Convertible Instruments and Mutual Society Shares) Instrument 2015, which took effect from 1 October 2015 (the **PI Instrument**). Under the rules set out in the PI Instrument (as amended or replaced from time to time, the **PI Rules**):
- (i) certain contingent write-down or convertible securities (including any beneficial interests therein), such as the Bonds, must not be sold to retail clients in the EEA; and
 - (ii) there must not be any communication or approval of an invitation or inducement to participate in, acquire or underwrite such securities (or the beneficial interest in such securities) where that invitation or inducement is addressed to or disseminated in such a way that it is likely to be received by a retail client in the UK (in each case, within the meaning of the PI Rules), other than in accordance with the limited exemptions set out in the PI Rules.

General

Persons who receive this Prospectus are required by the Issuer and the Joint-Lead Managers to comply with all applicable laws and regulations in each country or jurisdiction in which they purchase, offer, sell or deliver the Bonds or have in their possession or distribute such offering material and to obtain any consent, approval or permission required by them for the purchase, offer, sale or delivery by them of the Bonds under the law and regulations in force in any jurisdiction to which they are subject or in which they make such purchases, offers, sales or deliveries, in all cases at their own expense, and neither the Issuer nor any Joint-Lead Manager shall have responsibility therefor. In accordance with the above, the Bonds purchased by any person that it wishes to offer for sale or resale may not be offered in any jurisdiction in circumstances that would result in the Issuer being obliged to register any further information materials or corresponding document to the Bonds in such jurisdiction.

In particular, but without limiting the generality of the preceding paragraph, and subject to any amendment or supplement that may be agreed with the Issuer, each purchase of the Bonds must comply with the restrictions described above, except to the extent that, as a result of changes in, or in the official interpretation of, any applicable legal or regulatory requirements, non-compliance would not result in any breach of the requirements set forth in the preceding paragraph.

DIE EMITTENTIN

Allgemeines

Firma, Sitz und Ort der Hauptverwaltung, Rechtsform, Rechtsordnung, Handelsregister und Registernummer

Die Emittentin wurde unter der Firma «Kantonale Spar- und Leihkasse» im Jahre 1850 in Luzern gegründet und 1892 in «Luzerner Kantonalbank» umfirmiert. Gestützt auf das kantonale Gesetz über die Umwandlung der Luzerner Kantonalbank in eine Aktiengesellschaft (Umwandlungsgesetz) vom 8. Mai 2000 des Kantons Luzern wurde die als öffentlich-rechtliche Anstalt mit juristischer Persönlichkeit organisierte Luzerner Kantonalbank am 15. Februar 2001 in eine Aktiengesellschaft nach Art. 620 ff. OR mit Staatsgarantie umgewandelt und ins Handelsregister des Kantons Luzern eingetragen (Registernummer CHE-105.845.092). Die Emittentin ist eine Aktiengesellschaft nach Massgabe des Schweizerischen Obligationenrechts (Art. 620 ff. OR) und untersteht schweizerischem Recht mit Sitz an der Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern.

Legal Entity Identifier

Die Legal Entity Identifier Nummer (LEI) der Emittentin ist 549300C2XKS86VQDGV41.

Zweck

Gemäss Artikel 2 der Statuten verfolgt die Emittentin den folgenden Zweck: «Zweck der Aktiengesellschaft ist der gewinnorientierte Betrieb einer Universalbank, die bankübliche Geschäfte nach anerkannten Bankgrundsätzen tätigt. Die Bank berücksichtigt insbesondere die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft des Kantons Luzern.»

Statuten

Die Statuten der Emittentin wurden letztmals am 8. April 2020 angepasst.

Gruppe

Innerhalb des Konzerns nimmt die Luzerner Kantonalbank die Stellung der Muttergesellschaft ein. Der Konzern umfasst nebst dem Stammhaus die 100 % konsolidierten Tochtergesellschaften LUKB Expert Fondsleitung AG, Luzern, LUKB Wachstumskapital AG, Luzern und Gewerbe Finanz AG, Luzern (**LUKB Gruppe**).

Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Revisionsstelle

Verwaltungsrat

Die nachfolgend aufgeführten Personen sind per Datum dieses Prospekts Mitglieder des Verwaltungsrats der Emittentin:

Markus Hongler	Präsident
Josef Felder	Vizepräsident*
Prof. Dr. Andreas Dietrich	Mitglied
Andreas Emmenegger	Mitglied
Franz Grüter	Mitglied
Stefan Portmann	Mitglied
Dr. Martha Scheiber	Mitglied*
Roger Studer	Mitglied
Nicole Willimann Vyskocil	Mitglied

Die Geschäftsadresse des Verwaltungsrats lautet Luzerner Kantonalbank AG, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern.

* Der bisherige Vizepräsident Josef Felder plant, den Verwaltungsrat anlässlich der LUKB-GV 2022 zu verlassen. Als neue Vizepräsidentin ab der GV 2022 ist Martha Scheiber vorgesehen.

Geschäftsleitung

Die nachfolgend aufgeführten Personen sind per Datum dieses Prospekts Mitglieder der Geschäftsleitung der Emittentin:

Daniel Salzmann	CEO, Leiter Präsidialdepartement
Leo Grüter	Leiter Departement Firmenkunden & Private Banking
Beat Hodel	Leiter Departement Marktservices
Marcel Hurschler	Leiter Departement Finanzen & Informatik / CFO, Stellvertreter des CEO
Stefan Studer	Leiter Departement Privat- & Gewerbekunden

Die Geschäftsadresse der Geschäftsleitung lautet Luzerner Kantonalbank AG, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern.

Revisionsstelle

PricewaterhouseCoopers AG, Robert-Zünd-Strasse 2, 6005 Luzern ist die externe Revisionsstelle der Emittentin. Sie prüft die Jahresrechnungen der Gesellschaften der LUKB Gruppe sowie die konsolidierte Jahresrechnung.

Die Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers AG ist im Register der für das Revisionsorgan zuständigen Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) eingetragen.

Geschäftstätigkeit und -aussichten

Haupttätigkeit

Die LUKB Gruppe ist als Universalbank mit den Geschäftsfeldern Privat- & Gewerbekunden (Retailbanking), Firmenkunden, Private Banking/Institutionelle in erster Linie im Kanton Luzern tätig. Die Luzerner Kantonalbank AG (Stammhaus) verfügt über eine Staatsgarantie (wobei die Obligationen jedoch nicht von der Staatsgarantie gedeckt sind). Diese wird durch die Bank nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel finanziell abgegolten.

Wesentliche Geschäftsaussichten

Bzgl. Informationen zu den wesentlichen Geschäftsaussichten verweisen wir auf den Geschäftsbericht 2020 sowie den am 16.04.2021 publizierten Quartalsabschluss, welche beide per Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind.

Aktuelle Entwicklungen

Für die bisherige Entwicklung im Geschäftsjahr 2021 wird auf den am 16.04.2021 publizierten Quartalsabschluss, welcher per Verweis in diesen Prospekt einbezogen ist, verwiesen.

Gerichts-, Schieds- und Administrativverfahren

Es sind mit Ausnahme der in diesem Prospekt offen gelegten Verfahren keine Gerichts-, Schieds- oder Administrativverfahren gegen die Emittentin oder ein anderes Unternehmen der LUKB Gruppe hängig, die einen erheblichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage der Emittentin oder der LUKB Gruppe haben könnten, noch stehen nach heutigem Kenntnisstand der Emittentin solche Verfahren bevor.

Kapitalstruktur und ausstehende Anleihen

Kapitalstruktur

Das Aktienkapital der Luzerner Kantonalbank beträgt per Datum dieses Prospekts 157.25 Millionen Franken, eingeteilt in 8.5 Millionen voll einbezahlte Namenaktien mit einem Nominalwert von je 18.50 Franken. Gemäss den Statuten gültig per Datum des Prospekts sind sämtliche Namenaktien dividendenberechtigt. Zum heutigen Zeitpunkt besteht weder genehmigtes noch bedingtes Kapital und keine anderen Gattungen an Beteiligungsrechten. Durch Beschluss der Generalversammlung können jederzeit Namenaktien in Inhaberaktien umgewandelt werden.

Gemäss dem per Datum dieses Prospekts gültigen kantonalen Gesetz über die Umwandlung der Luzerner Kantonalbank in eine Aktiengesellschaft (Umwandlungsgesetz) vom 8. Mai 2000 des Kantons Luzern hält der Kanton Luzern mindestens 51 % des Aktienkapitals und der Aktienstimmen. Er kann, unter Berücksichtigung der Kapitalmarktverhältnisse, Aktien an Dritte veräussern. Der Regierungsrat bestimmt Anzahl, Verkaufszeitpunkt und Konditionen. Per 31. Dezember 2020 hielt der Kanton Luzern 5'227'500 Aktien der Luzerner Kantonalbank, welche einem Anteil von 61.50 % des Aktienkapitals der Luzerner Kantonalbank entsprechen.

Kotierung der Aktien der Emittentin

Die Aktien der Luzerner Kantonalbank AG sind an der SIX Exchange im Swiss Reporting Standard unter dem Tickersymbol LUKN (ISIN CH0011693600) kotiert.

Ausstehende Anleihen

Die Emittentin hat per 31. Dezember 2020 keine Wandelanleihen und keine Optionen ausstehend. Für Informationen zu den ausstehenden Anleihen und Pfandbriefdarlehen der Emittentin per 31. Dezember 2020 wird auf die per Verweis hierin inkorporierte Konzernbilanz per 31. Dezember 2020 verwiesen. Wobei mit Medienmitteilung vom 1. Februar 2021 die Emittentin bekannt gab, dass die Emittentin per 8. März 2021 die vorzeitige Rückzahlung der gesamten 2.25 % Nachrangigen Additional Tier 1 Anleihe von 130'000'000 Franken vorgenommen hat. Zusätzlich wurden im Jahr 2021 die folgenden Anleihen emittiert:

Art	Nennwert	Zinssatz	Verfall	Call-Datum
Obligationenanleihe	CHF 330 Mio.	0.400 %	15.03.2038	N/A
Nachrangige Additional Tier 1 Anleihe	CHF 200 Mio.	2.000 %	Unbefristet	08.06.2028

Eigene Beteiligungspapiere

Per 31. März 2021 hält die Emittentin 9'025 eigene Aktien, was 0.11 % der herausgegebenen Aktien entspricht.

SCHWEIZERISCHE STEUERASPEKTE

Genereller Hinweis

Die nachfolgenden Ausführungen zu gewissen schweizerischen Steueraspekten einer Anlage in die Obligationen sind lediglich allgemeiner Natur und stellen keine Steuerberatung dar. Sie beziehen sich nur auf Anleger, die wirtschaftliche Eigentümer der Obligationen sind. Die Ausführungen stützen sich auf die zum Datum dieses Prospekts geltende Rechtslage und Praxis. Anleger in die Obligationen sollten beachten, dass die Rechtslage und die Praxis ändern kann. Die nachfolgenden Ausführungen enthalten nicht jede mögliche Steuerfolge einer Anlage in die Obligationen. Es wird jedem Anleger empfohlen, sich durch einen Steuerberater zu den Steuerfolgen einer Anlage in die Obligationen beraten zu lassen.

Verrechnungssteuer

Geltende Rechtslage

Die unter den Obligationen gezahlten Zinsen sind nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer vom 13. Oktober 1965 von der Verrechnungssteuer ausgenommen. Damit die Obligationen unter diese Ausnahmestimmung fallen, muss die Aufsichtsbehörde FINMA die Anleihen im Hinblick auf die Erfüllung regulatorischer Erfordernisse genehmigt haben. Die Emittentin hat am 31. März 2021 eine entsprechende Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde FINMA erhalten und gestützt darauf von der Eidgenössischen Steuerverwaltung am 8. April 2021 die Bestätigung, dass die unter den Obligationen gezahlten Zinsen aufgrund der genannten Ausnahme im Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer von der Verrechnungssteuer befreit sind.

Mögliche Änderung der Verrechnungssteuergesetzgebung

Am 3. April 2020 hat der schweizerische Bundesrat eine Vernehmlassungsvorlage zur Reform des schweizerischen Verrechnungssteuersystem für Zinszahlungen auf Obligationen veröffentlicht. Die Vorlage sieht den Ersatz des gegenwärtig auf Zinszahlungen anwendbaren Systems des Steuerabzugs beim Schuldner der Zinszahlung durch ein System vor, worunter der Steuerabzug durch die schweizerische Zahlstelle erfolgen würde. Unter diesem Zahlstellensystem würden grundsätzlich alle Zinszahlungen auf Obligationen durch Zahlstellen in der Schweiz an natürliche Personen, die in der Schweiz steuerlich ansässig sind, der Verrechnungssteuer unterworfen. Weil jedoch die Vorlage in der Vernehmlassung auf Ablehnung stiess, beschloss der Bundesrat im Herbst 2020 eine neue Gesetzesvorlage auszuarbeiten, nach welcher die Verrechnungssteuer auf Zinszahlungen von Obligationen generell abgeschafft werden soll. Die neue Vorlage soll dem Schweizerischen Parlament im ersten Halbjahr 2021 unterbreitet werden. Würde dennoch eine Zahlstellensteuer gemäss der Vorlage vom 3. April 2020 eingeführt, so gilt es festzuhalten, dass weder die Emittentin noch die Zahlstelle noch sonst irgendeine Person unter den Anleihsbedingungen eine Verpflichtung zusätzliche Zins- oder sonstige Zahlungen zum Ausgleich der abgezogenen Verrechnungsteuer zu entrichten.

Würde dennoch eine Zahlstellensteuer gemäss der Vorlage vom 3. April 2020 eingeführt, so hätte weder die Emittentin noch die Zahlstelle noch sonst irgendeine Person unter den Anleihsbedingungen eine Verpflichtung zusätzliche Zins- oder sonstige Zahlungen zum Ausgleich der abgezogenen Verrechnungsteuer zu entrichten.

Umsatzabgabe

Die Ausgabe, der Verkauf und die Lieferung der Obligationen am Liberierungstag an die erstmaligen Inhaber der Obligationen (Primärmarkttransaktion) und die Rückzahlung der Obligationen durch die Emittentin unterliegen nicht der Umsatzabgabe.

Der nachfolgende Handel von Obligationen (Sekundärmarkttransaktionen) unterliegt der Umsatzabgabe zum Satz von 0.15 % auf dem Entgelt, wenn an der Transaktion ein Effekthändler in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein im Sinne des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben als Vertragspartei oder Vermittler beteiligt ist und in Bezug auf eine Vertragspartei oder beide Vertragsparteien keine Ausnahme zutrifft. Vorbehältlich solcher Ausnahmen, wird üblicherweise jeder an einem Umsatz beteiligten Vertragspartei die halbe Umsatzabgabe belastet. Sekundärmarkttransaktionen von Obligationen bei denen weder der Verkäufer noch der Käufer der Obligationen in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein ansässig ist, unterliegen der Umsatzabgabe nicht.

Einkommensbesteuerung

Obligationen, welche von nicht in der Schweiz ansässigen Personen gehalten werden

Ein Anleger einer Obligation, der nicht in der Schweiz steuerlich ansässig ist und der während des Steuerjahres keine Handels- oder Geschäftstätigkeit durch eine Betriebsstätte in der Schweiz ausgeübt hat, welcher diese Obligation zugeordnet sind, unterliegt bezüglich dieser Obligation in der Schweiz keiner Einkommensbesteuerung (vgl. oben «Verrechnungssteuer» für eine Zusammenfassung der möglichen Änderung des Verrechnungssteuerrechts hin zu einer Zahlstellensteuer; vgl. unten «Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen» für eine Zusammenfassung über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen durch die Schweiz; vgl. unten «Foreign Account Tax Compliance Act» für eine Zusammenfassung über die Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Act durch die Schweiz.

Obligationen, welche von in der Schweiz ansässigen Personen im Privatvermögen gehalten werden

Für einen in der Schweiz ansässigen Anleger, der Obligationen im Privatvermögen hält, ist Zins in derjenigen Steuerperiode steuerbares Einkommen, in welcher er ausgerichtet wird, einschliesslich aufgelaufener Zins, der durch die Emittentin bei vorzeitiger Rückzahlung oder beim Rückkauf von Obligationen gezahlt wird. Für einen solchen Anleger gilt dagegen ein bei Veräusserung einer Obligation erzielter Gewinn (einschliesslich Gewinn entfallend auf aufgelaufenen Zins) als steuerfreier privater Kapitalgewinn. Umgekehrt gilt ein bei Veräusserung wie auch bei einem Bedingten Forderungsverzicht erzielter Verlust als ein privater Kapitalverlust, der steuerlich nicht geltend gemacht werden kann.

Für in der Schweiz ansässige natürliche Personen, welche für steuerliche Zwecke als «gewerbsmässige Wertschriftenhändler» gelten, sind die nachfolgenden Ausführungen unter «Obligationen, welche in Schweizer Geschäftsvermögen gehalten werden» massgeblich.

Obligationen, welche im Schweizer Geschäftsvermögen gehalten werden

Ein Anleger einer Obligation, der eine in der Schweiz steuerlich ansässige juristische Person ist, oder der eine im Inland ansässige natürliche Person ist, welche die Obligation im Schweizer Geschäftsvermögen hält, oder der eine im Ausland ansässige natürliche oder juristische Person ist, welche während des Steuerjahres eine Handels- oder Geschäftstätigkeit durch eine Betriebsstätte in der Schweiz ausgeübt hat, welcher die Obligation zugeordnet ist, muss Zinsbeträge und Kapitalgewinne oder -verluste, einschliesslich eines Kapitalverlusts infolge eines Bedingten Forderungsverzichts, in der Erfolgsrechnung verbuchen, und ist, unter Einschluss dieser Positionen, für das betreffende Nettoergebnis der entsprechenden Steuerperiode steuerpflichtig, im Falle der Ausübung einer Handels- oder Geschäftstätigkeit durch eine Betriebsstätte in der Schweiz im Umfang des der Betriebsstätte in der Schweiz zugeordneten Ergebnisses.

Dieselbe steuerliche Behandlung gilt für in der Schweiz ansässige natürliche Personen, die für Einkommenssteuerzwecke als «gewerbsmässige Wertschriftenhändler» beurteilt werden.

Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen

Die Schweiz hat ein multilaterales Abkommen mit der EU über den internationalen automatischen Informationsaustausch (**AIA**) in Steuersachen abgeschlossen, welches auf alle Mitgliedstaaten anwendbar ist. Des Weiteren hat die Schweiz die multilaterale Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch von Kontoinformationen (Multilateral Competent Authority Agreement, **MCAA**) abgeschlossen und eine Reihe von bilateralen AIA-Vereinbarungen mit anderen Staaten, die meisten gestützt auf das MCAA. Gestützt auf diese Vereinbarungen und die Gesetzgebung der Schweiz zu deren Umsetzung, sammelt die Schweiz Informationen über finanzielle Vermögenswerte, gegebenenfalls auch Obligationen, die durch Personen, die in der EU oder einem Vertragsstaat ansässig sind, in Konten oder Depots bei einer Zahlstelle in der Schweiz gehalten werden, und tauscht diese Informationen mit dem betreffenden Vertragsstaat aus. Eine aktuelle Liste der in Kraft stehenden und der unterzeichneten, aber noch nicht in Kraft getretenen AIA-Abkommen, bei denen die Schweiz Vertragspartei ist, findet sich auf der Webseite des Staatssekretariats für Internationale Finanzfragen SIF.

Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

Die Schweiz hat mit den Vereinigten Staaten von Amerika das Abkommen vom 14. Februar 2013 über die Zusammenarbeit für eine erleichterte Umsetzung von FATCA abgeschlossen. Gleichzeitig mit dem FATCA-Abkommen hat das Eidgenössische Parlament im September 2013 das FATCA-Umsetzungsgesetz genehmigt, welches zusammen mit dem Abkommen und der Verordnung betreffend Meldepflichten am 30. Juni 2014 in Kraft getreten ist. Die Umsetzung des FATCA-Abkommens erfolgt in der Schweiz so, dass schweizerische Finanzinstitute die Kontodaten mit Zustimmung der betroffenen US-Kunden direkt an die US-Steuerbehörde melden. Das Abkommen stellt sicher, dass Konten von US-Personen bei Schweizer Finanzinstituten den US-Steuerbehörden entweder mit Zustimmung des Kontoinhabers oder im Rahmen der Amtshilfe auf der Grundlage des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Schweiz (**DBA**) offengelegt werden. Das im Jahr 2019 geänderte DBA führte einen Mechanismus für den Informationsaustausch in Steuersachen auf Anfrage zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten ein, der den internationalen Standards entspricht und es den Vereinigten Staaten erlaubt, für die Zeiträume ab dem 30. Juni 2014 Gruppenanträge unter dem FATCA betreffend nicht zustimmende US-Konten und nicht zustimmende nicht teilnehmende ausländische Finanzinstitute zu stellen. Zudem genehmigte der Schweizerische Bundesrat am 8. Oktober 2014 ein Verhandlungsmandat für Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Hinblick auf eine Änderung der derzeitigen auf der direkten Meldung basierenden Regelung in eine Regelung, bei der die relevanten Informationen an die ESTV übermittelt werden, die ihrerseits die Informationen an die US-Steuerbehörden weiterleitet. Es ist derzeit nicht bekannt, wann die Verhandlungen weitergeführt werden und wann ein neues Regime in Kraft treten wird.



**Luzerner
Kantonalbank**